

gewendet, die die geplante Agrarpolitik unmöglich machen müßte, wenn die Standfestigkeit des Reichsverbandes der deutschen Industrie höher einzuschätzen wäre, als die des Herrn Hugenberg. Eine Zollvollmacht ohne Bindung nach oben und unten müßte den inneren Markt unerträglich beunruhigen und die Handelsbeziehungen zu den übrigen Ländern stören. Die beliebige Erhöhung der Einfuhrzölle begünstigt die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion des Auslandes, gefährdet damit die deutsche Landwirtschaft selbst und hemmt die deutsche Fähigkeit zur Exportkonkurrenz durch die Verbilligung des Lebensniveaus und des Lohnstandards im Ausland. Die Aufhebung der Gefrierfleisch-einfuhr sei für die deutschen Handelsbeziehungen mit Argentinien von großer Gefahr und die Weingoll-erhöhung drohe die Kündigung wichtigster Handelsverträge herbeizuführen. Allgemeine Preiserhöhung, Verteuerung der industriellen Produktionskosten, neue Lohnforde-rungen und im Ergebnis eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit müssen die Folgen des gegenwärtigen Agrarprogramms sein, das zudem der Landwirt-schaft keine geeignete Hilfe bringen könne, der in erster Linie durch technische Verbesserungen und durch eine Verbesserung der Absatzorganisation geholfen werden müsse.

So nicht der Vorstand des ADGB, sondern der Reichs-verband der Deutschen Industrie! Es ist eine tragikomische Verflechtung der politischen Schicksale, daß in dem Augenblick des Zerfalls der Großen Koalition auch die sogenannten Wirt-schaftsführer sich entmachtet finden. Der Landbund hält das längere Ende des Hebels in der Hand und gebraucht es mit aller Brutalität, deren er fähig ist.

Vor ihm kapituliert die Regierung der starken Männer, die „Wirtschaftsführer“ stehen händeringend dabei — und die Sozialdemokratie ist bereit und entschlossen, den Kampf aufzunehmen.

Zür ein Notopfer der Besitzenden

Die Sozialdemokratie wird den Reichstag vor die Ent-scheidung stellen.

Die Sozialdemokratie hat stets verlangt, daß zur Deckung des etwachen Fehlbetrages im Haushalt des Reiches für das Jahr 1930 neben den Erhöhungen der Verbrauchssteuern auch ein Not-opfer der Besitzenden vorgesehen werde. Aber alle Bemühungen der sozialdemokratischen Minister, für diesen Vorschlag im Reichskabinett eine Mehrheit zu gewinnen, scheiterten an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei. Noch am letzten Sonntag hat der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in seiner Magdeburger Rede erklärt, daß er unter keinen Umständen einen Zuschlag zur Einkommensteuer mitmachen werde.

In den Verhandlungen des Steueraus-schusses am Mittwoch kam nun der sozialdemokratische Antrag zur Verhandlung, dazu den bei Einkommen über 8000 Mark jährlich im Jahre 1930 ein Zuschlag von 10 Proz. der bisherigen Einkommensteuer erhoben werden soll. Die Durchführung dieses Antrages sichert einen Mehrertrag der Einkommensteuer von mindestens 100 Millionen. Debatte und Abstimmung über den Antrag waren überaus interessant. Von den Regierungsparteien äußerte sich nur der Abgeordnete Dr. Hortländer von der Bayerischen Volkspartei. Er erklärte seine persönliche Zustimmung zu dem Antrag. Da seine Fraktion aber bisher noch nicht Stellung genommen habe, werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages mit 14 gegen 13 Stimmen. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, Demo-kraten, Wirtschaftspartei und Christlich-Nationale. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten und der Abg. Kling von der Bauernpartei. Diese Abstimmung dürfte Herrn Molden-hauer einige Beklemmung verursacht haben. Sie zeigt, daß der Gedanke, notwendige Mehrheiten auf die wirklich tragfähigen Schichten zu legen, nicht nur von der Sozialdemo-kratie vertreten wird. Auch in den bürgerlichen Parteien, die nicht rein kapitalistisch eingestellt sind, wächst die Einsicht, daß es nichts Unbilliges sei, die Träger hoher Einkommen, die über eine überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit verfügen, auf dem Wege über die Einkommensteuer vorübergehend stärker zu belasten.

Die Sozialdemokratie wird bei der heute in der Ver-sammlung des Reichstages beginnenden zweiten Beratung der Steuerer-gesse den im Steueraus-schuss gestellten Antrag auf Er-hebung eines Notopfers der Leistungsfähigen wieder einbringen. Den bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung soll Gelegenheit gegeben werden, vor der ganzen Öffentlichkeit zu betonen, ob sie die Verantwortung für die Schonung der leistungsfähigen Schichten und die Ueber-belastung der leistungsschwachen übernehmen wollen!

Man redet vom Reichsschulgefeh.

Vorläufig noch nicht!

In der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages stellte der deutschnationalen Abg. Dr. Spahn die Frage, ob die Reichsregierung bereit sei, in die Beratung des deutschnationalen Antrages auf Vorlegung eines Reichsschulgesetzes einzutreten.

Ministerialdirektor Pellengar beantwortete die Frage dahin, daß er mit Ermächtigung des Reichsministers des Innern erklären könne, daß die gegenwärtige Reichsregierung es für ihre wichtigste Aufgabe betrachte, die zur Sanierung der Reichskasse erforderlichen finanziellen Maßnahmen mit allem Nachdruck durch-zuführen. Bevor nicht die dem Reiche aus dem gegenwärtigen Zustand erwachsenen finanziellen Schwierigkeiten restlos beseitigt seien, sehe sich die Reichsregierung nicht in der Lage, irgend welche gesetzgeberischen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die geeignet seien, das Reich oder die Länder mit neuen Ausgaben zu belasten.

Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. weiter dazu hört, war diese Erklärung ganz allgemein gehalten, bezog sich also nicht beson-ders auf das Reichsschulgesetz, an dessen Beratung allerdings vorläufig aus den in der Erklärung erwähnten Gründen nicht gedacht werden kann.

Von der Pariser Sowjethandelsmission wurden in der Nacht die Hoheitsobjekte der Sowjetunion abgerufen.

Ein neues Finanzkompromiß.

Umsatzsteuererhöhung und Warenhaussteuer. — Die Bayerische Volkspartei macht nicht mit.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett be-schloß sich in seiner gestrigen Sitzung erneut mit den Deckungsvorlagen für den Haushalt des Jahres 1930.

Anschließend fand eine Besprechung statt, an der die Führer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftspartei, der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei teilnahmen.

In den mehrstündigen Beratungen wurden alle Fragen des Deckungsprogramms eingehend besprochen und geklärt.

Das Nachrichtenbüro des B.D.Z. erläutert die amtliche Mitteilung wie folgt:

Die Verhandlungen der Regierungsparteien mit dem Reichs-kabinett über die Finanzreform führten am Mittwochabend zu einer Verständigung.

Nur die Bayerische Volkspartei hat sich dem Kompromiß nicht angeschlossen.

Nach dem Kompromißvorschlag wird die Biersteuer nur um 50 Proz. erhöht unter Freilassung der kleinen Brauereien bis 10 000 Hektoliter. Der Ertrag wird mit 148 Millionen berechnet, wovon 93,2 Millionen auf das Reich und 54,8 Millionen auf die Länder entfallen sollen.

Die allgemeine Umsatzsteuer wird von 0,75 auf 0,85 Proz. erhöht. Hier wird mit einem Ertrage von 110 Millionen gerechnet, der mit 77 Millionen an das Reich und mit 33 Millionen an die Länder verteilt wird.

Schließlich soll eine Sondersteuer auf die großen Umsätze der letzten Hand, also eine Warenhaussteuer erhoben werden, und zwar in Höhe von 0,5 Proz., was einen Ertrag von 27 Millionen ergibt, wovon 19 Millionen auf das Reich und 8 Millionen auf die Länder entfallen. Die Steuer beginnt bei Umsätzen von einer Million an.

Die übrigen Deckungsvorlagen werden aufrecht erhalten und zwar die Tabaksteuernnovelle in der Fassung, die sie vor der Ablehnung im Ausschuss erhalten hat.

Insgesamt wird mit einem Ertrag von 532 Millionen gerechnet, wovon das Reich 356,2 Millionen und die Länder 175,8 Millionen erhalten. Auf die Länder entfallen also 5,8 Millionen mehr als nach dem ursprünglichen Deckungsprogramm.

Das neue Kompromiß wird am Donnerstag vormittag von den Parteiführern unterzeichnet und soll um 3 Uhr dem Reichstag vorliegen.

Im Steueraus-schuss sind gestern die Eckpfeiler des Deckungsprogramms der Regierung gefallen, die Erhöhung der Biersteuer wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Kabinett trat daraufhin zu einer Sitzung zusammen, eine Parteiführerbesprechung wurde angelehnt.

In der jetzt beliebigen Diktatorienhaltung kündigte die „Germania“ an:

„Wenn sich in der Parteiführerbesprechung herausstellte, daß auch nur ein Bestandteil des Deckungsvorschlages der Reichsregierung in der bevorstehenden Abstimmung des Plenums abgelehnt wird, dann wird die Regierung in einer Erklärung vor dem Reichstag verlangen, daß das Steuer- und Agrarprogramm miteinander verbunden und als ein gemeinsames Ganzes entweder vom Reichstag angenommen oder abgelehnt wird.“

An diese Ankündigung schlossen sich Drohungen an die Adresse des Reichstages an, die allmählich an die Art und Weise erinnern, in der Bilubski und die Oberstengruppe dem Sejm gegenüberzutreten pflegen.

In der Kabinettsitzung und der anschließenden Partei-führerbesprechung ist es allerdings weniger diktatorisch zu-gegangen. Die Regierung Brüning gibt nicht nur einen Bestandteil ihres Deckungsprogramms preis — sie hat es viel-mehr selbst sehr weitgehend verändert. So weit-gehend, daß sie selbst den demagogischen Forderungen der Wirtschaftspartei nach einer Warenhaussteuer nachgegeben hat!

Dies Kabinett der starken Männer und der Führung unabhängig von den Parteien ist so schwach, daß es sich seine Mehrheit bei Gruppen und Gruppchen zusammensuchen und die törichtesten Steuerexperimente in Kauf nehmen muß!

Dabei ist noch nicht einmal eine Verständigung der Regierungsparteien untereinander herbeigeführt. Die Baye-rische Volkspartei ist nicht von der Partie — sie wird sich erst heute überlegen, ob sie auf den Boden dieses Kompromisses treten will.

Je weiter der Kuhhandel geht, und je kläglicher das Er-gebnis wird, das er zeitigt, um so lächerlicher wird die Kraft-meierei, mit der die Presse des Herrn Brüning diesen Handel begleitet.

Reichstagsauflösung und Artikel 48 für eine Waren-haussteuer? Das reimt sich wirklich schlecht zusammen!

Die Regierung rechnet damit, daß sie mit Hilfe der Deutschnationalen eine Mehrheit für ihre veränderte Deckungsvorlage erlangt. Der agrarische Flügel ist dazu bere-it, während die Hugenberggruppe sich abmüht, die Ver-bindung zwischen den Finanzvorlagen und der Agrarvorlage unter allen Umständen zu ver-hindern. Die Absicht der Hugenberggruppe soll die Billigung des deutschnationalen Parteivorstandes gefunden haben. Der Parteiaus-schuss der Deutschnationalen Par-tei, der am Mittwoch in Berlin tagte, nahm nach einem Referat des Parteivorstehenden Hugenberg einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die Parteiverammlung billigt die Beschlüsse des Par-teivorstandes. Sie spricht ihrem Führer Dr. Hugenberg und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Dr. Oberjochen ihr volles Vertrauen aus.“

Der Hugenbergflügel beruft sich darauf, daß die Zusage des Agrarprogramms an seine Zusage der Deutschnationalen über das Finanzprogramm gebunden sei. Die Regierung hängt also wiederum von den Hugenbergstimmen ab.

Unter dem Druck dieser Abhängigkeit werden ihre Deckungsvorschläge immer reaktionärer, sie rutschen immer weiter nach rechts!

Bayerische Volkspartei lehnt ab.

Einstimmig gegen das neue Kompromiß.

Die Beratungen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volks-partei am Mittwochabend waren gegen 22 Uhr beendet. Sie endeten mit folgendem Beschluß:

Die mehrstündigen Beratungen der Reichstagsfraktion der Baye-rischen Volkspartei über das vorgelegte Steuerkompromiß haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Fraktion einstimmig beschloß, das Kompromiß abzulehnen. Die Fraktion hat gleich-zeitig beschlossen, entsprechende Anträge einzulegen, die zeigen, daß eine Deckung des Bedarfs des Reichs unter Berücksichtigung der Notlage der Länder und Gemeinden auf anderem Wege mög-lich ist, der mehr der steuerlichen Gerechtigkeit und der Wirtschaftslage entspricht.

Neue Außenpolitik.

Im Zeichen des Rechtsblocks.

Vor einem Jahr hatte eine deutsche Kunstausstellung in Warschau großen Erfolg; sie war mit Zustimmung der Reichs- und der polnischen Regierung veranstaltet und der polnische Außen-minister Jaksfi hatte mit drei seiner Kollegen — trotz Handels-krieg, Wirtschaftswang und ähnlichen Unlug — das Protektorat dieser Ausstellung übernommen.

Jetzt sollte zur Erweiterung eine polnische Kunstaus-stellung in Berlin veranstaltet werden. Aber sie wird auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über den Grund dieser Verschiebung, die so schlecht zum endlich vereinbarten Handels-vertrag paßt, daß Außenminister Dr. Curtius erklärt habe, er könne das Protektorat nicht übernehmen; dies sei im jetzigen Kabinett für ihn nicht „tragbar“. Daran stellte man in Warschau die Vorbereitungen für die polnische Kunstaus-stellung in Berlin ein.

Herr Brüning hat in seiner Regierungserklärung betont, die Außenpolitik bleibe unverändert, das beweise schon die Beibehaltung der Person des Außenministers; dieser kann, wie man jetzt sieht, auch anders. Und Herr Brüning, der sonst keine Autorität zu stabilisieren sucht wie einen rocher de bronze, scheint von seinem Recht, die Richtlinien der Regierungspolitik zu bestimmen, keinen Gebrauch machen zu wollen. Im Zweifel, einen Schiele und Trevisanus zu ärgern oder das große Nachbarland gegen uns zu verstimmen und seinen Deutschenhebern Material zu geben, ist der Herr Reichskanzler für die Gegner der deutschen Versöhnungspolitik. Es fehlt nur noch, daß der in London und Prag so deutlich ab-gelehnte Herr Bindeiner-Wildau als Gesandter nach Warschau geschickt würde, nachdem Kaufser dort in langjähriger schwerer Arbeit so nützliche Besserung geschaffen hat.

Thüringer Hoffnungen.

Finanzminister Baum reist nach Berlin.

Weimar, 9. April. Die zuverlässig verkundet, wird Finanzminister Baum seine Reise nach Berlin heute antreten, um am Donnerstag mit dem Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Beilegung des Konflikts zwischen Thüringen und dem Reich zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind schon seit einiger Zeit im Gange und von dem thüringischen Reichsratsbevollmächtigten, Minister Dr. Münzel, geführt worden. Es ist anzunehmen, daß eine Beilegung des Konflikts keinerlei Schwierigkeiten bieten wird.

dem Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Beilegung des Konflikts zwischen Thüringen und dem Reich zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind schon seit einiger Zeit im Gange und von dem thüringischen Reichsratsbevollmächtigten, Minister Dr. Münzel, geführt worden. Es ist anzunehmen, daß eine Beilegung des Konflikts keinerlei Schwierigkeiten bieten wird.

Die Besprechungen zwischen dem Reichsinnenminister und dem thüringischen Staatsminister Baum über den Konflikt zwi-schen dem Reich und Thüringen findet am Donnerstag um 11 Uhr vormittags statt. In maßgebenden Berliner Kreisen ist man nicht der aus Thüringen in einer offenbar amtlichen Verlaut-barung geäußerten Auffassung, „daß eine Beilegung des Konflikts keinerlei Schwierigkeiten bieten wird“. Vielmehr dürfte die für Donnerstag anberaumte Besprechung lediglich den An-fang der Auseinandersetzungen bilden.

Amnestie in Spanien.

Für politische Verbrecher.

Madrid, 9. April. Im Kabinettsrat hat der Justizminister eine umfassende Amnestie vorgelegt. Die Amnestie soll vor allem solchen gewährt werden, die wegen politischer Vergehen verurteilt worden sind. Beschluß-fassung soll am Dienstag erfolgen. Außerdem wurde die Beratung über die Ausstellung von Wahllisten fortgesetzt. Es ist noch nicht bekannt, ob Änderungen vorgenommen werden.

Die Angst des Faschismus.

Innsbruck, 9. April. In der letzten Zeit haben die italienischen Behörden wiederholt in den über den Brenner rollenden Güterzügen zwischen den Transportwagen faschistenfeindliches Propagandamaterial verdeckt gefunden. Seitdem werden die Güterzüge am Brenner genau durch-sucht. Dabei entstehen erhebliche Verzögerungen, auch Störungen im Durchgangsverkehr auf der Brennerstrecke. Nunmehr hat man Verhandlungen mit der österreichischen Behörde eingeleitet, um den Schmuggel von politischem Propagandamaterial wirksam unterbinden zu können. Offenbar vermutet die italienische Regierung, daß das österreichische Begleitpersonal der Züge die poli-tischen Schriften einschmuggelt.

Der Rechtskurs gefährdet die Finanzen.

Genosse Herß gegen das Finanzprogramm der Brüning-Koalition.

Am Reichstag sprach am Mittwoch nachmittag in der Fortsetzung der ersten Beratung der Finanzreform

Abg. Dr. Herß (Soz.):

Gestern hat der volksparteiliche Redner Dr. Pfeiffer heftige Angriffe auf den früheren Arbeitsminister Wisell gerichtet. Wir empfinden diese Angriffe trotz ihrer vergeblichen Form nicht als Kränkung, sondern als Anerkennung. (Zustimmung der Soz.) Sie gälten nicht der Person unseres Freundes Wisell, sondern dem Arbeitsminister, der in der schwersten Zeit und unter den schwersten Umständen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse verteidigt und ausgebaut hat. (Beifall der Soz., Gelächter der Komm.) Man braucht nur die unter Mitwirkung Wisells zustande gekommene Vorlage mit ihrer Anerkennung der großen Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft und mit ihrem Bekenntnis zur Sozialpolitik zu vergleichen mit dem neuen Entwurf, der die Unterwerfung Rodenhauers trägt, und in dem diese Anerkennung und dieses Bekenntnis fehlen.

Am Gegenjah zu den Auffassungen Dr. Pfeiffers und seiner Freunde sehen wir in der Arbeitslosigkeit ein nationales Unglück, aber nicht ein Verhängnis der Arbeiter. Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit mit unseren allgemeinen Wirtschaftsumständen untrennbar verbunden ist, daß sie nicht von dem guten oder bösen Willen des einzelnen Arbeitlosen abhängt, zwingt uns, gegen dieses nationale Unglück Vorkehrungen zu treffen, und hat uns in der Vergangenheit und wird uns in Zukunft stets als Gegner des Abbaus der Leistungen der Arbeitslosenversicherung finden. Die Behauptung, die Differenz zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien wegen der Arbeitslosenversicherung wäre so klein und unbedeutend gewesen, daß sie nicht den Anlaß zum Zerfall der bisherigen Koalition hätte bilden dürfen, hat noch eine andere Seite. Überlegt sich denn niemand von Ihnen bei diesem Argument, daß es sich eigentlich gegen die andere Seite richtet? (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Differenz zwischen uns und den übrigen Parteien wirklich so klein ist, wie Sie sagen, ja warum hat es denn kein Ueberbrücken des Gegenjages durch ein kleines Nachgeben von Ihnen gegeben? Wir haben doch die Vorlage der Reichsregierung verteidigt, die die Reichsregierung immer für die richtige hielt und die mit uns bis in den letzten Tage des Streites hinein alle Parteien der bisherigen Koalition mit Ausnahme der Volkspartei nicht nur sozialpolitisch, sondern auch finanzpolitisch für die richtige und vorzuziehende gehalten haben. Bei dieser Bogatellierung des Streites um die Arbeitslosenversicherung konnten Sie nicht über den gegenwärtigen Streit hinweg.

Es ist keine so kleine Differenz zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie gewesen,

denn mit der Verschiebung der Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung bis zur Lösung des gesamten Sanierungsprogramms konnte nichts anderes verbunden sein als die Absicht, eine für die Deutsche Volkspartei günstiger erscheinende Situation abzuwarten und in dieser den Abbau der Leistungen dennoch durchzuführen.

Herr Herß hat neulich gegen Dr. Breitscheid Ausführungen gemacht, von denen ein Teil meiner Freunde den Eindruck hatte, es liege darin die Behauptung, die Sozialdemokratie habe sich erst im letzten Stadium der Verhandlungen auf den Boden der Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung gestellt, im ersten Teil der Verhandlungen aber die Zustimmung dazu abgelehnt. Ich glaube nicht, daß Herr Herß eine solche Behauptung aufstellen wollte. Nur um Mißverständnissen vorzubeugen, stelle ich fest, daß bereits am Tage nach Vorliegen der Regierungsvorlage, am 6. März, der „Vorwärts“ und nach deutscher der „Sozialdemokratische Presse-Dienst“ über die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Gesetz berichtet hat: „In der Fraktionsbesprechung war ziemlich allgemein die Genehmigung darüber, daß die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung zunächst abgewehrt werden sind.“ Hierin lag ganz deutlich die Zustimmung zur Regierungsvorlage, die wir auch in allen Stadien der Verhandlungen aufrechterhalten haben. (Zustimmung der Soz.)

Wenn von den drei Teilen der jetzigen Vorlage der erste Teil, nämlich der über die Arbeitslosenversicherung, die Fortin hätte, wie die Reichsregierung sie seinerzeit beschlossen hat, dann hätten meine Freunde es für möglich gehalten, ihre Bedenken gegen die anderen zwei Teile, aus denen wir niemals ein Hehl gemacht haben, zurückzustellen, um die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien zu erhalten. Die Steuererhöhungen wären allerdings, wie wir ja stets erklärt haben, nur dann für uns annehmbar, wenn die Einseitigkeit der jetzigen Vorschläge durch das sogenannte Notopfer zur Einkommensteuer beseitigt worden wäre. Die Ausgabenbeschränkung und die künftige Steuerentlastung wären nur dann für uns annehmbar gewesen, wenn Sicherheit für die sozialen Leistungen und für gleichmäßigen Steuerabbau geschaffen worden wären. Durch das Scheitern der Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung ist die Situation für uns absolut verändert, und zwar nicht nur aus sozialen Erwägungen, sondern ebenso stark aus allgemeinen finanzpolitischen Bedenken. Ich prophezeie nicht gern und weiß, welches Wagnis es ist, bei der heutigen unabwehrbaren Wirtschaftslage eine Prognose für die Zukunft zu stellen. Trotzdem glaube ich nicht, daß die Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft, die das Ziel der jetzigen Regierungsvorlage sein soll, mit Hilfe dieser Vorlage erreicht wird.

Die Arbeitslosenversicherung, die bisher die wichtigste Quelle des Fehlbetrages im Reichshaushalt darstellt, wird nicht saniert, und von hier aus werden für die Reichsfinanzen dauernd große Gefahren bestehen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Reichsregierung verhandelt jetzt, um eine Mehrheit nach rechts hin zur Schaffung neuer Agrarsubventionen und einer weitreichenden Stütze zustande zu bringen. Ich habe bisher noch niemand gefunden, der den Worten der Regierungserklärung geglaubt hat, daß diese Dinge ohne neue Steuerbelastung ausgeführt werden können, und ich habe einstweilen starke Befürchtungen, daß von hier aus ein Loch in den Reichsfinanzen entsteht, das noch manchem derjenigen, der es jetzt schaffen hilft, schwere Sorgen verursachen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Sanierung der Reichskasse, das wichtigste Ziel der letzten Monate, wird durch die Regierungsvorlage nicht erreicht. Der jetzige Reichsfinanzminister hat den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung in den Etat eingestellt und sich zu der Auffassung bekehrt, daß die Schuldentilgung nach dem Gesetz vom Dezember 1929 in voller Höhe durchgeführt werden soll. Aber was ist von dieser ursprünglichen Absicht der Reichsregierung übriggeblieben? In die Schuldentilgung werden jetzt die Fehlbeträge von 1928 und 1929 einbezogen, zu deren Deckung wir nach dem Haushaltsgesetz ohnedies verpflichtet sind. Und da diese Fehlbeträge über 430 Millionen hinausgehen, werden diese nicht einmal reichen, um diese beiden haushaltsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ganze Schuldentilgungsgesetz wird durch die jetzige Vorlage der Reichsregierung seines ursprünglichen Inhalts beraubt. Wir wissen nach der geistigen Darlegung des Reichsfinanzministers, daß die materiellen Schwierigkeiten, die im März und im Dezember entstehen werden, nicht sehr groß sind. Aber wir werden am Ende des Etatsjahres 1930 nicht mit einem Kassenfehlbetrag von 200 Millionen zu rechnen haben, sondern mit einem Kassenfehlbetrag von rund 600 Millionen, d. h. wir werden auf eine Zeit wie in der ersten Hälfte 1928 zurückgeworfen werden.

Beim Amtsantritt des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding war ein Kassenfehlbetrag von 650 Millionen vorhanden, und aus diesem Fehlbetrag sind die ungeheuren Schwierigkeiten des vergangenen Jahres entstanden.

Ebenso wenig wie an die Kassenanmerkung glaube ich daran, daß das Versprechen, das die Reichsregierung jetzt öffentlich abgibt, nämlich 1931 volle 600 Millionen zur Steuerentlastung zu verwenden, erfüllt werden kann oder wird. Die Berechnungen der Reichsregierung darüber entsprechen ebenso der rechnerischen Sicherheit wie der tatsächlichen Unterlagen, wie die Berechnungen der früheren Regierung im Dezember 1929. Gewiß fallen 1931 eine Reihe einmaliger Ausgaben fort, aber es fehlen dann auch einmalige Einnahmen, und es treten die neuen unausweichlichen Ausgaben hinzu, so daß, selbst wenn Sie das Disprogramm und die Agrarsubventionen nicht berücksichtigen, 600 Millionen nicht verfügbar sein werden. Unter dem Druck des Reichsrates hat man sich ja auch schon der Auffassung angeschlossen, daß nicht von 600 Millionen, sondern bestenfalls nur von 100 bis 200 Millionen die Rede sein kann. Das kommt auch in der neuen Formulierung der Artikel 2 und 3 der jetzigen Regierungsvorlage zum Ausdruck.

In den letzten Diskussionen hat sich die Reichsregierung auf den Standpunkt gestellt, sie vertrete das Finanzprogramm vom Dezember 1929. Im Steuerauschuß hat heute der Reichsfinanzminister in einer Polemik gegen meinen Freund Reil gesagt, er vertrete ja nur, was unser Freund Hilferding im vergangenen Jahre vorgeschlagen habe. Das ist nicht richtig. Es ist so wenig richtig, daß ich Zweifel habe, daß das jemand mit einigem guten Gewissen sagen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß die Entwicklung vom Dezember 1929 bis jetzt einen anderen Weg gegangen ist, als damals angenommen wurde, beweist die jetzige Regierungsvorlage. Aber selbst, wenn man das anerkennt, dann bleibt doch an dieser Behauptung noch etwas unrichtig, daß ich für die Zukunft möchte, daß man nicht mit solchen Karten spiele und die vorhandenen Unterschiede offen zugebe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Programm Rodenhauers ist ein ganz anderes, als jenes, das Hilferding vertreten hat.

Im Programm Hilferdings waren die Steuererhöhungen auch bei den Verbrauchsteuern wesentlich niedriger als in dem jetzigen Programm. Die Biersteuer sollte nur um 50 Proz., nicht um 75 Proz., erhöht werden. Es war weder eine Erhöhung der Kasse- und Lezyölle noch eine Besteuerung der Mineralwässer, des Benzins und Benzols vorgesehen, es waren die Steuerentlastungen viel gleichmäßiger verteilt als jetzt;

für die erste Etappe war vorgesehen, daß von 750 Millionen Steuerentlastung mehr als die Hälfte auf die Steuern der breitesten Schichten kommen soll, 208 Millionen auf die Lohnsteuer, 180 Millionen auf die Befreiung der Zuckersteuer, 20 Millionen auf die Erhöhung der Freigrenze für die kleinen Vermögen. Alles das ist in dem neuen Programm nicht vorgesehen. Die Senkung der Realsteuern soll jetzt verbunden werden mit der gleichzeitigen Einführung einer Kopfsteuer und mit der Befreiung der Lohnsteuererstattungen. Mit gutem Gewissen kann man also nicht sagen, daß dieses Programm mit dem vorigen identisch ist.

In dem dritten Teil der Vorlage, den Ausgabenentlastungen im Etat 1930, sind Streichungen an wichtigen sozialen Positionen, die das Zentrum um so mehr interessieren dürften, als sein Arbeiterbeirat dieser Tage sehr weitgehende soziale Forderungen erhoben hat. Die Streichungen aber richten sich gegen die Invalidenversicherung, die Waisenhilfe, die Ausdehnung der Arznenfürsorge auf alle Berufe. Zugleich drohen schwere Gefahren von den Sparaktionen gewisser Unternehmerverbände. Die Sparanschläge des Handelsbundes in seiner neuen Denkschrift über die Sozialpolitik fordern im Etat 481 Millionen, 1931 aber schon 653 Millionen Ersparnisse. (Hört, hört! bei den Soz.) Sogar der Reichsparlamentarier hat sich in seinem Gutachten über die Sparmöglichkeiten im Reichsetat auf den Standpunkt gestellt, daß die Versicherungssätze sich nicht ändern lassen. Angesichts dessen habe ich die allerstärksten Zweifel, ob nicht ein solches Sparprogramm der Reichsregierung nur an den großen Massen sich auswirken wird, für die es eine schwere Einschränkung ihrer Lebenshaltung bedeuten muß.

Daß Kapitalbildung notwendig ist, bestreitet niemand. Nur darüber geht der Streit, wer dieses Kapital bilden soll. Auf der Tagung der Friedrich-Liess-Gesellschaft Ende Oktober vorigen Jahres hat der Vorsitzende Professor Harms das Ergebnis gezogen, daß man durch Steuererleichterungen die Kapitalbildung nicht fördern. Ein zweites Ergebnis war die Erkenntnis, daß

für die Wirtschaftsentwicklung nicht die Kapitalbildung entscheidend ist, sondern die Steigerung des Wirkungsgrades der gesamten produktiven Kräfte der Wirtschaft.

Der Präsident des Statistischen Reichsamtes, Professor Wagemann, hat eine Statistik vorgelegt, aus der hervorgeht, daß die Einkommen unter 8000 Mark zwar nur 5,7 Proz. der Kapitalbildung gegenüber 17,06 Proz. der nächsthöheren Einkommensgruppe darstellen, daß aber von den Einkommen unter 8000 Mark insgesamt 2079 Millionen Mark Kapital gebildet werden gegenüber 1170 Millionen Mark der anderen Einkommen. Es wäre unfruchtbar, wollten wir gegen Kapitalbildung sein, wir sind nur mit aller Kraft dagegen, daß die Kapitalbildung ein Geschenk an die reichen Leute und nicht eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität sein soll.

Man behauptet, es sei unmöglich, immerpolitische Aufgaben mit der Sozialdemokratie zu lösen. In kurzer Zeit wird man sehen, daß das unrichtig ist. Denn angesichts der Zugeständnisse, die auf Kosten des ganzen Volkes und der Reichsfinanzen der agrarischen Rechte gemacht werden, werden das deutsche Volk und die Reichsfinanzen viel schwerer belastet sein als die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ausgemacht hätte, über die die vorige Regierung gestürzt ist.

Alles, was in den letzten Tagen im Steuerauschuß vorgegangen ist, war ein einziger Beweis dafür, daß eine Mehrheit in diesem Haus ohne die Sozialdemokratie nur durch unzulässige Zugeständnisse erkauft werden kann.

Wenn Sie diesen Weg fortführen, dann sage ich Ihnen, damit werde ich genau so verhalten wie bei der Beurteilung der Finanzlage im Dezember, dann wurden Sie das große Ziel, das wir mit Ihnen erreichen wollten, nämlich durch eine ganze Reihe finanzpolitischer Maßnahmen die Kassen des Reiches zu sanieren, Sicherheit für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen, das Wirtschaftsleben hochzubringen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen — dieses Ziel werden Sie nicht erreichen, und zwar deshalb, weil bei Ihnen die wirtschaftlichen Erwägungen zurückgestellt werden hinter den Erwägungen der sozialen Reaktion! (Stürmischer Beifall der Soz. — Erregte Gegenrufe der Volkspartei.)

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Ueber die Zuverlässigkeit der Prophezeiungen des Herrn Dr. Herß kann man streiten. Mein Steuerentlastungsprogramm ist sehr vorsichtig aufgestellt. Die Kassenanmerkung werden wir nach meinen Vorschlägen durchführen und damit auch das Schuldenentlastungsgesetz ausführen können. Wenn freilich die Sozialdemokraten alle meine Vorlagen ablehnen, dann wird es nicht möglich sein. Auf die Einzelheiten des Hilferding-Programms kommt es nicht an. Aber unbestreitbar hatte es die Tendenz, die überspannten direkten Steuern abzubauen und eine Umagerung zugunsten der indirekten Steuern vorzunehmen. Die notwendige Ausgabenentlastung erfordert Abstriche bei allen Etagen. Da können wir nicht am Etat des Reichsfinanzministeriums vorbeigehen. Eine antisoziale Tendenz liegt uns dabei vollkommen fern. Das Ausgabenentlastungsgesetz ist in der Rohausführung fertig und wird in aller nächster Zeit dem Kabinett vorgelegt werden. Unsere Steuerentlastungsvorschläge sollen nicht den reichen Leuten ein Geschenk machen; wenn wir die Kapitalbildung fördern und den schwer ringenden Mittelstand entlasten, dann schaffen wir neue Arbeitsmöglichkeiten, vermindern die Arbeitslosigkeit und wirken damit in durchaus sozialem Geiste.

Abg. Freidel (Wirtschaftsp.): Wir beantragen, daß von der Arbeitslosenversicherung 50 Millionen abgezweigt und als zinslose Zuschußhypotheken gegeben werden. Dadurch würde die Bautätigkeit angekurbelt werden und mittelbar auch die Gesamtwirtschaft. Im vorigen Jahre waren von den freigewerkschaftlich organisierten Bauern 92 Proz., von den Zimmerern 95 Proz. arbeitslos. Nur die produktive Erwerbslosenfürsorge kann Besserung schaffen und die Wohlfahrtsetats der Gemeinden entlasten.

Abg. Scheider-Verberg (Komm.) begründet unter den üblichen Angriffen auf die Sozialdemokratie Änderungsanträge zur Arbeitslosenversicherung.

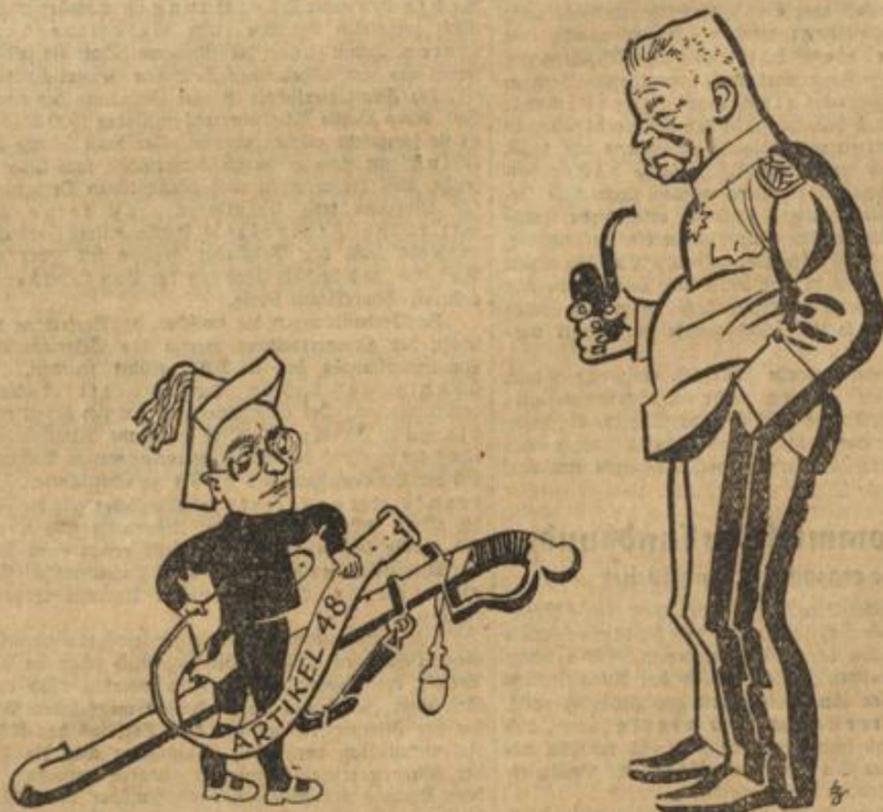
Damit ist die erste Beratung beendet, die Arbeitslosenvorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuß, die anderen Vorlagen an den Steuerauschuß.

Der Verkehrsaußschuß beantragt durch Abg. Seppel (Soz.), eine Petition gegen die

Schließung des Reichsbahnausbesserungswerkes Dortmund der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und gleichzeitig in einer Entscheidung hinausschiebung dieser Berücksichtigung um 3 Jahre zu verlangen.

Die Anträge des Verkehrsaußschusses werden angenommen und ihm der neue Antrag Seppel überwiesen.

Gegen 17 Uhr verläßt das Haus sich auf heute, Donnerstag, 15 Uhr: Zweite Beratung der Deckungsvorlagen.



„Junge, Junge, — wenn das man gut geht!“

Die „Spazierfahrt“ des Kanonenschiffes.

Wie die Matrosen für den venezolanischen Hilfskreuzer gepreßt wurden.

Hamburg, 9. April.

Eine ganze Reihe von Anträgen verfahrenstochlicher Natur, die die Verteidigung im Prozeß des Dampfers „Falke“ gestellt hatte, wurde abgelehnt und in die Verhandlung eingeleitet. Die Anklage richtet sich gegen 1. Ernst Zippilit, Kapitän, geboren am 25. Oktober 1875 zu Lübeck, unbekannt, 2. den Kaufmann Felix Prenzlau, geboren am 15. Oktober 1882, ebenfalls in Lübeck, 1921 wegen Verstoßes gegen die damaligen Wucher- usw. Verordnungen mit einer Geldstrafe belegt; 3. Kaufmann Felix Kamarzki, geboren am 18. Februar 1891, ebenfalls zu Lübeck, 1921 wegen Verstoßes gegen Wucher- usw. Verordnungen auch mit einer Geldstrafe und mit einem Jahr Gefängnis bestraft, die beschuldigt werden, im Sommer 1929 mit Eiß die Befahrung des Dampfers „Falke“ in fremde Kriegs- und Seebelände gebracht zu haben.

Der Angeklagte Prenzlau schildert die Art seiner Waffen- geschäfte im Ausland. Er behauptet, daß solche Geschäfte auch von allerersten Firmen betrieben würden. General del Gado sei mexikanisch gewesen und habe das Geschäft an Bedingungen geknüpft. Er wünschte 2000 Gewehre und 2 Millionen Schuß Munition, die nach einer kleinen Insel (Blanquilla) geschifft werden sollten. Unter Vermittlung eines Russen wurde dann weiter verhandelt. del Gado bot als Sicherheit Hypotheken auf ihm gehörende Grundstücke in Paris. Der Bestimmungshafen ist angeblich nie genannt worden, aber im Hafen von Port of Spain sollte bei Ablieferung der Waffen die Bezahlung erfolgen. Der Vertrag wurde schnell abgeschlossen, weil Prenzlau einen harten Wettkampf mit griechischer und englischer Konkurrenz hatte. Prenzlau will aus mangelnder Kenntnis des Französischen den Vertrag nicht so genau gekannt haben. Nur seine Verpflichtungen seien ihm klar gewesen. Prenzlau hatte die Gewehre und die Munition auf ein Schiff zu verfrachten, das in der Nähe von Port of Spain von anderen Schiffen erwartet werden und seine Ladung an dieses übergeben sollte. Daß es sich um eine Revolution handelte, war ihm bekannt. Er will aber nicht geglaubt haben, daß für Schiff und Mannschaft irgendeine Gefahr bestand. Prenzlau wollte lediglich der Waffen- und Munitionslieferung der Pistolen sein. del Gado sollte, da er der Eigentümer der Ladung war, als Supercargo mit an Bord gehen. Es waren zwei Expeditionen geplant in Zwischenräumen von sechs Wochen. Prenzlau sollte für das richtige Eintreffen der Waren garantieren und Sorge tragen, daß die Waren mit solcher Flagge gedeckt würden, daß ihr Transport über den Ozean gesichert sei. Dafür sind ihm dann 1 500 000 Dollar zugesichert worden, davon 500 000 Dollar zahlbar bei Eintreffen der Waffen am Bestimmungsort. Im Gegenzug zu diesen klaren Borkauf des Vertrages behauptet aber Prenzlau immer noch, er habe den Bestimmungsort gar nicht gekannt, sondern das Schiff mit Mannschaft und Ladung einfach auf See geschickt, wo dann schon irgendeine Flotille von Fischbooten alles übernehmen werde. Prenzlau erklärt weiter, die erste Fahrt des „Falke“ hatte nur die Möglichkeit eines ungeschützten Transports größerer Mengen von Waffen über See beweisen sollen. Wenn das gelang, sollte das Schiff in den Besitz del Gados übergehen und die Befahrung in die Heimat zurückführen. Die Zusicherung einer Zahlung von 700 000 Dollar für den Fall, daß del Gado die Regierung in Venezuela übernehmen würde, bezeichnet Prenzlau als

ein schönes Versprechen, daß er freilich als eine Art Lotteriestück bewertet haben will.

Danach wurde der in französischer Sprache abgefaßte Vertrag durch einen Dolmetscher in Uebersetzung verlesen. Auffallend ist die immer wiederkehrende Bezeichnung „Expedition“, die jedoch auch der Uebersetzer als landläufigen Ausdruck für Abfertigung, Auslieferung usw. gelten lassen mußte. Landgerichtsdirektor Steinicke befragt nun den Angeklagten Prenzlau über die einzelnen Punkte des Vertrages. Dieser Befragung folgte eine ausführliche Beschreibung der Anlage E. In dieser war für die zweite Expedition, welche als Hauptlieferung zu gelten hat, vorgesehen: Ein Schiff von etwa 1500 Tonnen, seetüchtig, mit Kessel- und Maschinengarantie, dreizehn bis fünfzehn Knoten fahrend, drahtlose Ausrüstung usw., fähig, siebzehn Tage ohne Landung zu fahren, fünfhundert Tonnen Kohlenreserve, Mannschaft zur guten Bedienung, Kapitän, Steuermann, zwei Offiziere, Zahlmeister, Arzt, drei Ingenieure, Telegraphist und alles sonstige Personal, zwei Marinefeldgeschütze von 75 Kaliber mit Munition und zwei technische Marineoffiziere. Im Vertrage heißt es in diesem Zusammenhang „placer“, was unweifelhaft heißen soll, das Schiff solle mit den Geschützen armiert werden, während Prenzlau darunter nur ein Anbordbringen verstanden haben will. Weiter waren zu liefern: zwei leichte Kampflinienboote mit zwei Offizierskajüten und fünfzig schweren Bomben, zwanzig leichte Maschinengewehre mit Reservegeschossen und allem Zubehör, eine Feldbatterie mit Material und mindestens dreihundert Schüssen, fünfhundert Uniformen, Helme, Deden, Patronenpatronen usw., einhundert Feldsäbel für Offiziere, dreihundert Kavalleriesäbel, 25 Sättel mit Zaumzeug, 12 Feldstühle für den Armeebedarf. — Nach Erörterung dieses Vertrages wird der Angeklagte über seine Anstellungsverhandlungen mit Kapitän Zippilit gehört. Der Kapitän habe zwar gewußt, daß er einen Waffentransport führen sollte, ohne sich jedoch hierbei etwas Urges zu denken. Der eigentliche Vertrauensmann Prenzlaus sei der erste Ingenieur gewesen. Die Musterung sei ordnungsgemäß für eine lange Fahrt nach Südamerika erfolgt. Das Schiff wurde in Hamburg im Strandhafen verholet, wo es del Gado be-

sichtigte. Nach der Besichtigung kaufte del Gado noch eine Anzahl Parabelschußpistolen sowie andere Waffen, die an Bord gebracht wurden, ebenso einige Maschinengewehre. Prenzlau erzählt dann weiter, die eigentlichen Waffenankäufe seien von ihm und Kamarzki mit dem als Instruktur und Waffenmeister (für die in Belgien gefahten Maschinengewehre) in Berlin engagierten Zucal in Polen erfolgt und die Waffen seien dann nach Odlingen dirigiert worden, del Gado ging dort als angeblicher Supercargo an Bord. Als solcher galt er als Eigentümer von Schiff und Ladung. Der Kapitän war ihm untergeordnet und hat nach Prenzlaus Angaben nicht einmal gewußt, wohin die Reise des „Falke“ ging. Jedenfalls aber hat Zippilit del Gado an Bord mit Blumen empfangen und eine Ansprache gehalten, in der er ihm seines Bestehens seiner Pläne wünschte.

Kurz vor der Ausfahrt von Odlingen schickte die Mannschaft eine Abordnung an den Reeder, weil ihr wegen der Munitionsladung Bedenken gekommen waren. Prenzlau wollte mit der Abordnung nicht verhandeln, sondern erklärte ihr nur, die Ladung sei ordnungsgemäß deklariert und gehe von Regierung zu Regierung. del Gado soll dann in die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reeder und Befahrung eingegriffen und der Mannschaft doppelte Heuer und eine Gratifikation versprochen haben. Daraufhin habe sich nur noch der Koch geweigert, die Reise mitzumachen, weshalb der Kapitän gegen ihn Strafantrag stellte. Nach der Passage beginnt der Vorkämpfer mit der Befragung Prenzlaus wegen des mitgeführten Scheinmusters. Den haben sehr viele Schiffe, meißt der Angeklagte aus. Ebenso unbefriedigend sind seine Angaben über andere auffallende Umstände. Das Schiff sollte 13 bis 14 Knoten laufen, was eine auffällig große Geschwindigkeit ist, wenn es sich nur um einen gewöhnlichen Transport handelt sollte. Alle Umstände sprechen mehr für die Auffassung,

daß der „Falke“ eine Art Hilfskreuzer sein sollte.

Prenzlau behauptet, der Präsident von Venezuela habe seine Befahrung in Caracas und Maracaibo eine persönliche Leibgarde von etwa 300 Mann zu seinem Schutz, del Gado habe ihm versichert, 15 Prozent der Besatzung seien für die Revolution. Die Gegner des herrschenden Systems würden mit offenen Armen empfangen werden. Die Reise des „Falke“ sei also eine ganz harmlose Spazierfahrt. Da der Angeklagte Prenzlau zugibt, von der revolutionären Absicht gewußt zu haben, wünscht Staatsanwalt Stein von ihm Auskunft, wie er sich das Unternehmen gedacht habe, wofür er doch finanziell sehr stark interessiert gewesen sei, und sich an Bord seines Schiffes die Anführer des Aufstandes befanden. Prenzlau kann keine klare Antwort geben und will nicht im entferntesten geglaubt haben, der „Falke“ könne etwa mit „hohem Sauf“ empfangen werden. In die Gänge getrieben gibt Prenzlau jetzt zu, Kapitän Zippilit habe von den revolutionären Umtrieben gewußt und er behauptet, auch die Mannschaft sei völlig im Bilde gewesen. Prenzlau bestreitet, irgendwie List oder Gewalt angewendet zu haben, um die Schiffsmannschaft zu einer Revolutionstruppe für del Gado zu machen. Die „harmlosigkeit“ des Unternehmens lüchelt der Angeklagte weiter noch dadurch glaubhaft zu machen, daß del Gado neben seinem eigenen Sohn auch einen Diener in seiner nächsten Umgebung hatte.

Darauf wird die Weiterverhandlung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Geständnis der 12-jährigen Mörderin.

Saarbrücken, 9. April.

Der Tod der dreieinhalbjährigen Kammare Scholles hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Die 12jährige Schülerin Katharina Rießer hat ein volles Geständnis abgelegt. Danach hat sich die Vermutung des Untersuchungsbeamten, daß es sich bei der 12jährigen um eine gemeingefährliche, perverts veranlagte Person handelt, vollkommen bestätigt. Ein unglückliches, herumzugeschicktes Bettelkind bedürft hat das Mädchen auch noch in anderen Fällen zu Handlungen getrieben, die wegen ihrer ungewöhnlich widerlichen Art Entsetzen bei Jünglingen mit der Untersuchung betrauten Personen ausgelöst haben. Wie die weiteren Nachforschungen ergaben, wird die Zahl der von der Rießer mißhandelten und verletzten Kinder bedeutend größer sein, als man zuerst vermutet hatte. Da eine Strafverfolgung nicht in Frage kommt, wird das Mädchen einer Anstalt zugeführt werden.

Der Fall Rist
 Protokolle
 Herausgegeben von Esther Grenen

21] „Was ist denn los, von wem reden Sie eigentlich?“
 „Von wem ich rede . . . Von meiner Tochter, Herr Amtsgerichtsrat, von meiner Tochter . . . und wenn sie auch ein Kind der Schande ist, sie ist meine Tochter . . .“
 „Herr Hansen, ich ersuche Sie, sofort das Zimmer zu verlassen. Sie sind nicht in einem Zustand, in dem man —“
 „Das Zimmer verlassen — ah nein, das gibts nicht. Ich bin bei Gericht. Mein Recht will ich haben. Eine Anzeige erstatten. Wegen Notzucht. Wegen Schändung, wegen wegen . . .“
 „Am Himmels willen, was reden Sie da?“
 „Mein Kind hat er verführt, meine Duzele . . . mein armes, unschuldiges Kind, in der Hoffnung ist sie, das Luder . . . das Menich, ins Verderben gebracht hat er sie, der Lump, der Hurenkerl . . . der Mörder, der Gauner . . . und daß die Marielouise jeinewegen ins Wasser ist, das weiß auch ein jeder . . .“
 Das Protokoll wird abgebrochen, da der Zeuge infolge von Trunkenheit nicht in einernehmungsfähigem Zustand ist.
 Rgl. Amtsgericht Sändrup, 24. Juni 1929.
 gez. H. G. Jakobsen.

Protokoll
 aufgenommen mit dem Zeugen Karl Henrik Manke, geb. 1893 in Fredericia, dänisch, verheiratet, Arzt auf Ljnd. (Der Zeuge suchte selbst um seine Einvernahme an.)

„Was haben Sie mir zu sagen, Herr Doktor?“
 „Ich wollte Sie schon lange auffuchen, lieber Jakobsen. Sie kennen mich als einen besonnenen Mann, und da dachte ich, meine Aussage über die Zustände auf unserer Insel könnte für Sie nicht ganz uninteressant werden.“
 „Gewiß, Herr Doktor.“
 „Außerdem bin ich nicht umsonst Arzt und zwei Jahre lang Assistent an der Kopenhagener Nervenklinik gewesen. Ich fühle mich verpflichtet, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß sich auf Ljnd langsam eine Art Massenpsychose entwickelt. Es wird bald nicht ein normales Frauenzimmer mehr geben. Kommt dazu noch die Zeitungsdame —“

„Ich weiß das alles, Herr Doktor, aber sagen Sie doch bitte, wo Sie hinauswollen?“
 „Ich kenne die Frauen und Mädchen von Ljnd und vor allem, ich kenne auch Herrn Rist. Als ich zum erstenmal von dem albernem Verdacht hörte, mußte ich einfach lachen.“
 „Woher kennen Sie Herrn Rist?“
 „Ach Gott, der arme Anabe hatte, kaum daß er angekommen war, eine kleine Halsentzündung, nicht der Rede wert, aber die alte Predrikten schickte natürlich dreimal im Tag nach mir. Frostbeulen hatte er auch. Na, ich konnte dabei übrigens gleich einen kleinen, allerdings unbedeutenden Lungenbefehl konstatieren. Der Mann ist nicht viel wert. Ich sage das absichtlich, damit Sie ihn hierin ein bißchen schonen. Rahrhafte Kost, viel Milch . . .“
 „Ja ja, Herr Doktor. Aber das kann doch nicht alles sein, was Sie mir sagen wollen. Meine Zeit ist beschränkt.“
 „Gewiß, gewiß, das sehe ich ein. Sie werden wohl schon von all den verführten Jungfrauen überlaufen. Dabei muß ich Ihnen sagen, bester Jakobsen, daß Torben Rist keiner einzigen Frau, geschweige denn der Ossiponna, dieser kleinen Bestie — na, Sie entschuldigen, wir sind ja unter uns — ein Haar gekrümmt hat.“
 „Woher wissen Sie das?“
 „Weil er ein Schlipshanz ist. Keine Kraft, keine Muskelatur. Natürlich gefällt er den Weibern: glattes Gesicht, traurige Augen, blaffen Teint und das übliche Um und Auf. Geradezu geschaffen zu unglücklicher Liebe. Aber zu glücklicher oder gar — ich Gott bewahre!“
 „Das ist Ihr persönlicher Eindruck von dem jungen Mann?“
 „Das ist nicht nur mein Eindruck, sondern das weiß ich. So wie ich genau weiß, daß er an dem bewußten Abend nicht mit der Ossiponna im Aarehunder Vodehäuschen war.“
 „Oho, Herr Doktor, ist das nicht eine etwas lähne Behauptung.“
 „Gar nicht lähne. Aber es gibt auch psychologische Indizien, bester Herr Untersuchungsrichter. Und noch ehe Ihr alle auch nur einen Schatten des Verdachts auf diesen Burschen gemorfen hättet, mußte ich, Karl Henrik Manke, daß der Kerl verdächtig ist, wenn auch nicht gerade als Mädchenhändler.“
 „Was meinen Sie damit.“
 „Torben Rist ist der Typus des politischen Fanatikers. Um das zu wissen, muß man nicht erst lange mit ihm reden. Man sieht es ihm an. Man sieht es an seinem schleichen Gang, man sieht es an seinem ausweichenden Blick. Nehmen Sie dazu, daß der junge Mann ein Vermögen für aus-

ländische Zeitungen ausgegeben hat — erkundigen Sie sich nur in der Papierhandlung Jespersen — und daß er — Sie werden das auf der Post leicht erfragen können — ununterbrochen auf dem Postamt chiffrierte Briefe behob, so werden Sie einsehen, daß Sie es nicht mit einem Sexualverbrecher, wohl aber mit einem Umstürzler überster Sorte zu tun haben.“
 „Sie schließen sehr rasch, Doktor Manke. Aber ich bin Ihnen jedenfalls für Ihre Ausführungen sehr verbunden.“
 „Bitte sehr, mein lieber Jakobsen. Und nichts für ungut, wenn ich Ihre Kreise störe. Ich will nur Ihr Bestes.“
 Rgl. Amtsgericht Sändrup, 24. Juni 1929.
 gez.: Karl Henrik Manke. H. G. Jakobsen.

Sändrups Amtsavis, 25. Juni 1929:
 Auf behördliches Ersuchen bringen wir heute auf Seite 5 das Bild des rätselhaften Fräulein Maria mit dem blonden Zöpfen. Wir wollen nicht vorzeitig kritisieren, denn Untersuchungsrichter H. G. Jakobsen wird, wie wir hoffen, seine guten Gründe haben, wenn er die Presse von halb Europa durch dieses holde Anitzig zu beunruhigen versucht. Dieses Bild wurde — hört und schaudert — unter den Sachen des gefährlichen Torben Rist gefunden. Was für uns sowie für alle besonnenen Elemente nichts anderes bedeuten muß, als daß Herr Rist eben einen kleinen Firt mit der jungen Dame gehabt hat. Aber es gibt nun einmal Leute, die überall Blut und Mord wittern müssen, und leider, wir wollen uns das nicht verheimlichen, immer mehr Einfluß auf unsere sonst so ruhige und verständige Bevölkerung gewinnen. Hütet euch! Frauen und Mädchen von Ljnd, hütet euch! Klarsich und Reugier umlauern die ganze Insel. Gewissenlose Reporter suchen euch Geheimnisse zu entdecken, die ihr nie gehabt habt. Revolverblätter erzählen spaltenlang von den ungeheuerlichen Erfolgen, die der schöne, junge Schriftsteller bei euch gehabt haben soll. Der ganze Ruf der Insel ist in Gefahr! Hütet euch und bewahrt eure kleinen Geheimnisse lieber für euch, damit euer Bild nicht wie das des schönen jungen Mädchens auf Seite 5 durch alle Zeitungen wandert, um von lüsternden Widen verschlungen zu werden.
 Wir bringen dieses Bild nicht nur, um uns Herrn H. G. Jakobsen, der sich bis jetzt über die Ergebnisse seiner Untersuchung immer noch in rätselhaftes Schweigen hüllt, gefällig zu erweisen, sondern um euch ein für allemal vor allzu großer Vertrauensseligkeit abzuschrecken.
 (Fortsetzung folgt.)

Muß das sein?

Notschreie, die ungehört verhallen

Eine unheilbar schwertränke, alte Frau haust mit ihren beiden Kindern seit Jahren in einer feuchtdampfen Kellerwohnung. Sie ist Wohlfahrtsempfängerin und als solche Ruhmieserin der Magistrats-Kohlenkarte. Für März ersuchte die Kranke, die oft wochen- und monatelang das Bett hüten muß, um Gewährung einer Kohlenbeihilfe, da sie es vor Kälte nicht aushält und dadurch immer kränker wird. Man schlug ihr die Bitte ab. Könnte in solch dringlichen Fällen nicht vielleicht doch eine Ausnahme gemacht werden? Oder könnte die Frau vielleicht wenigstens etwas Brennholz erhalten?

Im November stellte ein alter Rentenempfänger beim Wohlfahrtsamt den Antrag auf Gewährung eines Wintermantels für seine Frau; im Dezember wiederholte er seine Bitte und im April erhielt er endlich den abschlägigen Bescheid mit der Begründung, daß seine Frau ja einen Regenmantel und ein molleses Umhangsgewand besitze, die Bedürfnisfrage also nicht in Betracht käme. Ein Regenmantel schützt aber bekanntlich nicht vor Kälte und das Umhangsgewand ist nach Aussage des Mannes ein kleines Schmetterlied.

Wir berichteten an dieser Stelle vor einigen Tagen: Eine Frau, die monatelang im Krankenhaus liegt, wird eines Tages mit der Begründung, daß das Zimmer gebraucht würde, in einen winzigen, völlig kalten Raum gebracht, der so dürrig ist, daß die Kranke darin nicht einmal Besuch empfangen kann und die Tür öffnen muß, wenn sie sich ankleiden will. Der Raum heißt unter den Patienten — ob mit oder ohne Berechtigung, mag dahingestellt sein — das Sterbezimmer. Dazu schreibt uns jetzt die Krankenhausverwaltung: „Es ist nicht wahr, daß im Elisabeth-Krankenhaus, Dönhofsstraße, eine Kranke Frau ohne ein Wort der Erklärung oder Entschuldigung in das Sterbezimmer gelegt worden sei. Wahr ist vielmehr, daß die Kranke Frau in einem in den Krankenlauf sich öffnenden Einzelzimmer untergebracht worden ist, das nur mit Leichtkranken und Aktionisten belegt wird und in dem zu liegen die Kranken als besonderen Vorzug anzusehen pflegen.“

Die Anführer über den Zweck dieses Zimmers scheinen bei Krankenhausverwaltung und Patienten also auseinanderzugehen.

Die Aktion gegen die Zerserker.

Neue Verhaftungen von Kommunisten.

Mit Nachdruck geht die Aktion der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums gegen die kommunistischen Zerserker weiter, aus denen die Zerserkerarbeit in Polizei und Reichswehr in der letzten Zeit getrieben worden ist.

Mit der Festnahme des Schriftstellers Ernst Friedrich und der Beschlagnahme des bei ihm gefundenen umfangreichen Materials hat die Polizei Einblick in eine Zentrale der illegalen kommunistischen Arbeit gewonnen und so die Fäden zu den an dieser Geheimorganisation beteiligten zahlreichen Vertrauensleuten und Mittelspersonen aufdecken können, so daß jetzt Schlag auf Schlag die Aushebung weiterer Druckerlein und die Verhaftung der Hersteller von Zerserkerdrucken erfolgen konnte. Auch im Laufe des Mittwoch sind über die Zahl der am Vortag vom Polizeipräsidium bekannt gegebenen Verhaftungen hinaus noch weitere Festnahmen in Berlin und Umgebung erfolgt, ohne daß die Aktion damit als beendet angesehen werden kann. Im Augenblick sind erst die Personen verhaftet, die direkt an dem Betrieb der Geheimdruckerei beteiligt waren. Die Polizei ist aber bemüht, darüber hinaus die ganze weitverzweigte Organisation aufzudecken, mit deren Hilfe die in den verhafteten Personen hergestellten Zerserkerdrucken nach einem bestimmten Plan und durch die Hände zahlreicher Mittelsmänner an die Stellen verteilt werden, die mit der eigentlichen politischen Arbeit in Reichswehrtruppenteilen und Polizeiformationen betraut waren.

Nicht geklärt ist bisher auch die Frage nach der Herkunft der recht erheblichen Gelder, die zum Betrieb der zahlreichen Druckereien notwendig waren.

Eine neue alkoholfreie Gassstätte.

Der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund hat am Dienstag eine in der Skalitzer Straße 6, in nächster Nähe des Kochbäcker Lars, gelegene alkoholfreie Gassstätte eröffnet; sie umfaßt neben den geräumigen und freundlichen Gasszimmern auch mehrere Vereinszimmer. Außer Erfrischungen der verschiedensten Art wird es auch einen guten, billigen Mittagstisch — Frühstückstisch und vegetarische Küche — geben. Trinkzwang besteht nicht, Bedienungsgehalt wird nicht erhoben. Zu der schlichten Erfrischung am Dienstag waren auch kommunale Persönlichkeiten und Vertreter befreundeter Verbände erschienen. Nach freundlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Rudat von der Berliner Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinenzbundes hielt Genosse Kägenstein die Eröffnungsansprache. „Wir haben“, so sagte er, „lange ringen müssen, ehe wir nicht nur die Anerkennung der Deffektivität, sondern auch die unserer eigenen Parteigenossen erreicht haben. Man sah in uns Nörgler und Friedensstörer. Inzwischen hat man, nachdem wir uns auf praktische Arbeit eingestellt hatten, eingesehen, daß wir nur das Beste des Volkes wollen. Praktische Arbeit, das heißt zum Beispiel Fürsorge für die Opfer des Alkohols und für die Alkoholkranken. Aber auch die Schaffung alkoholfreier Gassstätten gehört zu unserem Aufgabenkreis.“ Mit besonderem Dank gedachte Genosse Kägenstein am Schluß seiner beifällig aufgenommenen Ansprache der Hilfe der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner. Stadtrat Jachow sprach dem Verein die Anerkennung des Bezirksamts Kreuzberg aus. Genosse Läsche begrüßte namens der SAJ, Genosse Gärtner für den Verband für Freidenkertum und Feuerwehrleitung das neue Unternehmen.

Selbsthilfe der erwerbslosen Schauspieler.

Sehr alt ist an dieser Stelle bereits auf die große Erwerbslosigkeit unter den Bühnenkünstlern hingewiesen worden. Einige mutige Schauspieler, denen die Arbeit mehr gilt als das Hungern, haben den lähmen Plan gefaßt, auf jeden Fall zu spielen, um nicht einzurosten. Sie veranstalteten jetzt im Gesellschaftshaus in Berlin-Pankow eine Vorstellung. Zur Aufführung gelangten drei Einakter: „An Ewigkeit Amen“ von Wildgans, „Der Bär“ und „Der Heiratsantrag“ von Hirschow. Jeder dieser Einakter wurde von den Darstellern mit aller Hingabe und Liebe und beachtenswerten Können gespielt. In dem Begehren vor dem Saalbesuch, von Konrad Wewersand dargestellt, erschienen Walter Steinweg als Krüsenberger und Bumester als Schmiedler durch

Vorbeugen besser als bestrafen

Erweiterung der Kriminalberatungsstelle im Polizeipräsidium.

Unter dem Motto: „Vorrecht ist besser als Nachsicht!“ steht die erweiterte Kriminalberatungsstelle, die gestern vom Polizeipräsidenten Jörgiebel im Berliner Hauptgebäude der Polizei am Alexanderplatz der Deffektivität übergeben wurde. Nach einer Ansprache des Polizeipräsidenten und einem kurzen Vortrag des Regierungsdirektors Scholz übernahmen die beiden Leiter der Kriminalberatungsstelle, die Kriminalkommissare Geigel und Raehne, die Führung der Gasse.

Die Kriminalberatungsstelle blüht auf ein Leben von 9 Jahren zurück. 1921 wurde sie durch den späteren Staatssekretär Dr. Abegg ins Leben gerufen. Sie nannte sich „Beratungsstelle gegen Einbruch“ und hatte die Aufgabe, unparteiisch und kostenlos die Bevölkerung darüber zu beraten, wie sie das Eigentum am besten gegen fremden Zugriff schützen kann. Das große Interesse des Publikums hat jetzt eine starke Erweiterung der Dienststelle notwendig gemacht. Die neuen Räume liegen unter Zimmer Nummer 26 und 27 im Erdgeschoss an der Stadtbahnseite und sind vom Lichthof aus bequem zu erreichen. Im ersten Raum sehen wir alle Erzeugnisse der Geldschrankindustrie, von den kleinen Heimparablen über Einmauerungsschränke bis zu den großen Geldschränken und den für bestimmte Wirtschaftskreise hergerichteten Spezialschränken. In eineritrine liegen Schmutz, Pralltüte, Schlüssel und andere Einzelteile aus der Geldschrankfabrikation, und an dem Schmutzmodell einer Tresortür erkennt man neben der Anordnung der Verriegelung und Aufhängung auch die sinnreiche Konstruktion des Riegelwerkes.

Im Zimmer der mechanischen Sicherungen ist eine Fülle von Riegeln und Modellen aller Art ausgestellt. Vom einfachsten Vorhängeschloß bis zu den vorzüglichsten Verriegelungen kann hier jeder finden, was er braucht. Auch Güter in mannigfachen Ausführungen sind vorhanden. Daneben aber fehlen auch solche Schlösser nicht, die sich durch einen leichten Handgriff mit Haken oder Rostschlüssel öffnen lassen und den Einbrecher zu einem Versuch geradezu einladen. Es soll dem Rat suchenden Publikum eben auch gezeigt werden, was unbrauchbar und wirkungslos ist. Die Diebstahlsicherungen für Kraftfahrzeuge und Fahrräder vervollständigen diese Abteilung. Das größte Interesse erweckt das Zimmer mit den

elektrischen Sicherungsanlagen.

Unsichtbar eingebaute Kontakte, Spannungen, quer durch den Raum gehende Diebesfallen meiden unter gewaltigem Lärm jedes unbefugte Eindringen. Durch Anschluß einer solchen Anlage an das

Ueberfallkommando kann sogar als Idealzustand erreicht werden, daß der Dieb selbst durch sein Eindringen in die geschützten Räume unbewußt die Polizei zu seiner Festnahme herbeiruft. Die vom Rundfunk bekannte Verstärkeröhre ist auch bei Sicherungsanlagen nützlich verwendet worden. Geräusche in geschützten Räumen werden von einem Mikrophon aufgefangen und nach Verstärkung der Ströme durch einen in der Beobachtungszentrale untergebrachten Lautsprecher deutlich hörbar gemacht. Sogar die Luft ist in den Dienst des Raumschutzes gestellt worden. Es ist gelungen, eine Anlage zu bauen, die den Raum unter einen bestimmten Luftdruck setzt. Sobald durch Öffnen einer Tür oder Anbohren einer Wand dieser Druck durch Berührung mit der Außenluft geändert wird, gibt die Anlage sofort Alarm. In einem besonderen Räume stehen der Kriminalberatungsstelle Werkzeuge und Instrumente zu Prüfungen und Untersuchungen zur Verfügung.

Bei der Diebstahls- und Einbruchverhütung geht der Kampf gegen einen unbekanntem Gegner. In Betrugsfällen wendet sich der Rat suchende an die Polizei mit der Bitte um Aufschluß über eine bestimmte Person. Da soll zum Beispiel ein Stellungsuchender sein letztes Geld als „Kautions“ einem Schwindler übergeben, oder das Geld suchende Publikum soll „Provisionen“ an einen betrügerischen Vermittler zahlen, ohne nachher jemals einen Pfennig von der gefachten Summe in die Hand zu bekommen. Man wendet sich an die Kriminalberatungsstelle und siehe da: Es handelt sich bei dem „Geldgeber“, dem „Stellenvermittler“ um einen Herrn, der schon lange der Polizei als Schwindler und Betrüger bekannt ist. Zustände können natürlich nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Anfragen über Vorfragen und Führung einer Person werden nicht beantwortet. Auch muß die Beratung in rein zivilrechtlichen und juristischen Fragen anderen Stellen überlassen bleiben. Ueber Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit gibt die Polizei keine Auskunft. Ihre Aufgabe ist lediglich Beratung zum Schutze gegen strafbare Handlungen. Es muß deshalb auch einigermassen glaubhaft nachgewiesen werden, daß beim Rat suchenden ein echtes Interesse vorliegt. Sonst wäre unzulässiger Elemente Tür und Tor geöffnet.

Die Kriminalberatungsstelle ist nicht nur für den Geschäftsmann von Bedeutung. Auch Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte haben das größte Interesse, ihre wenige Habe, ihre bescheidene Wohnung gegen den Zugriff des Verbrechertums zu schützen, und für jeden vom Gesetzesbrecher Heimgeführten ist Vorbeugen nützlicher als Bestrafen.

Die Kriminalberatungsstelle ist wochentags von 9—14 Uhr für die Bevölkerung geöffnet.

Sozialistische Arbeiterjugend Gross-Berlin

Sonntag, den 15. April, 11 1/2 Uhr in der „Lichtburg“ (a Bahnhof Gesundbrunnen)

JUGENDFEIER

„WELT WERDE FROH!“

Musik / Sprechchor / Gesang / Rezitation / Film zeigen in bunster Folge das Wirken der SAJ. — Einlaß 11 Uhr, Eintritt 40 Pf.

starke Charakterisierungslust, H. H. Klatt entwickelte als Dr. Jachow eine bemerkenswerte Summe Witze. Die Damen Emmi Sander als verführte Dorothea und René Sigrist als Natalia wirkten in ihrer Lebendigkeit so frisch, daß zeitweilig der Mangel an großer Aufmachung, die man an den Berliner Bühnen gewöhnt ist, vergessen werden konnte. Die Leitung unter dem ebenso ruhigen wie kameradschaftlichen Fred Gleie, Dombrowski war vorzüglich. Diesen ersten kleinen Versuch der Schauspielerschule ist beifolgende Gelingen zu wünschen. Der billige Preis von 65 Pfennigen ist geeignet, auch größere Massen derer in die Vorstellungen zu ziehen, die nicht den weiten Weg aus den Vororten in die Volkshäuser machen wollen. Die gutspielenden erwerbslosen Schauspieler werden nicht vergebens an die Berliner Bevölkerung appellieren.

Plädoyers im Jakubowski-Prozess.

Der Nebenkläger hält Jakubowski für unschuldig.

Neu-Strelitz, 9. April.

Im Rogens-Jakubowski-Prozess begannen die Plädoyers der Verteidiger mit den Ausführungen des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Brandt, der in seiner Rede u. a. darlegte, schon dieses Gericht müsse zu der Frage Stellung nehmen, ob Jakubowski schuldig war oder nicht. Es bedürfe sorgfältiger Prüfung, ob die letzten Angeklagten Glauben verdienen, soweit sie Jakubowski belasten. Es genüge nicht, festzustellen, daß Jakubowski in irgendeiner Form an der Tat beteiligt war, sondern es müsse eine konkrete Feststellung getroffen werden, in welcher Form dies geschah. Wohl niemand dürfte sich entschließen, allein auf Grund der Angaben der drei jetzigen Angeklagten Jakubowski wegen Mordes zum Tode zu verurteilen. Schwer belastet als Ankläger erscheine dagegen Paul Kreuzfeldt. Am Schluß seiner Ausführungen richtete der Rechtsanwalt einen Appell an die Richter, Jakubowski wegen erwiesener Unschuld freizusprechen.

Sodann kamen die Verteidiger der drei Angeklagten zu Wort. Das Urteil ist erst am Sonnabend zu erwarten.

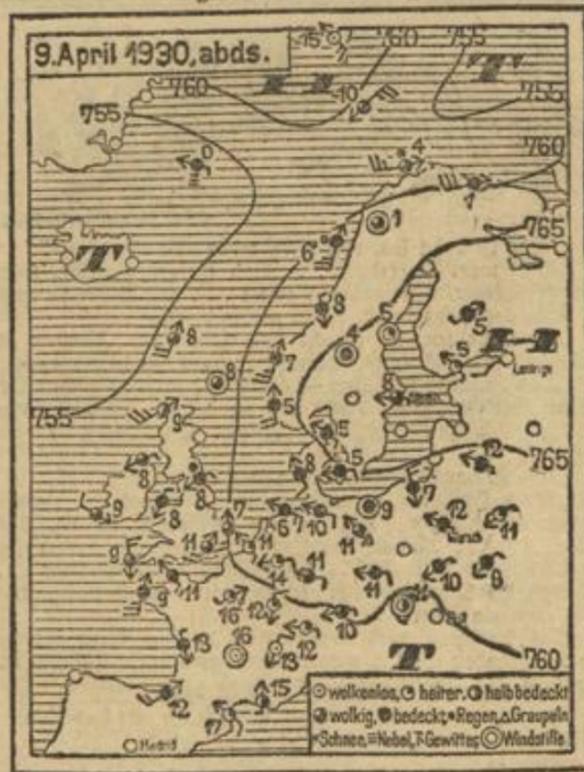
Gaunergastspiel im Geschäftslokal. Zwei bis drei Mann betreiben kleine Geschäftsläden und vermögen in vielen Fällen ihre Diebereien zu vollbringen. So erhielt u. a. der Optiker Fleim in der Schönhauser Allee 1-2 Besuch von zwei Männern. Während einer von ihnen sich die Augen untersuchen ließ (die, wie die Untersuchung ergab, ganz gesund waren), stahl der zweite einen zur Abwendung bereitliegenden Geldbetrag. Natürlich zu spät, als die Gauner bereits verschwunden waren, bemerkte der Optiker den Diebstahl.

Ein leichtes Saison-Sinfoniekonzert veranstalteten gemeinsam die Bezirksämter Friedrichshagen, Berlin-Mitte, Prenzlauer Berg unter der Leitung von Dr. Helmuth Thierfelder im Saalbau Friedrichshagen. Die Darbietungen des Orchesters und der Sopranistin Danka Palasova von der Staatsoper Sofia erlangten großen verdienten Beifall der Zuhörer des vollbesetzten Saales. Es bleibt außerordentlich verdienstvoll, daß die Bezirksämter Winterkonzerte die Möglichkeit geben, durch vollständige Breiten habe künstlerische Werte, wie ein derartiges Konzert bietet, in sich aufzunehmen.

Charlottenburg bekommt einen neuen Markt.

Berlehtspolizeiliche Bestimmungen veranlaßten die Verlegung des Wochenmarktes von der Reichsstraße in Neumessend nach der Prensen- und Bagernallee. Dadurch wurden die Bewohner am oberen Kollertal und im alten Westen benachteiligt, sie verlangten eine Verlegung des Marktes in die Nähe des Reichstanzlerplatzes. Da inzwischen die Erschließung des neuen Wohnviertels am Strahlenbahnhof Westend durchgeführt worden ist, will das Bezirksamt Charlottenburg in der Soorstraße zwischen Fredericis- und Anobelsdorffstraße einen neuen Wochenmarkt einrichten, der in vier Reihen etwa 200 Stände umfassen soll. Als Markttag sind die Mittwoch- und Sonnabendmorgens vorgesehen. Der Polizeipräsident und auch die Verkehrsdeputation haben bereits ihre Zustimmung erteilt. Die Kosten der neuen Marktanlage werden ohne Neubelastung des ordentlichen Haushalts durch den Referatsfond der Marktverwaltung abgedeckt werden.

Allgemeine Wetterlage.



Im Reich lagen die Tagestemperaturen ziemlich gleichmäßig hoch, meist zwischen 12 und 14 Grad. Das Wetter war dabei größtenteils bewölkt oder trübe, nur der Süden und Westen hatten heiteres Wetter. Hier sanken die Temperaturen nachts recht kräftig, auf der Oberbayerischen Ebene sogar ein Grad unter Null. Während bisher eine einseitige Luftströmung über Deutschland nicht bestand, kommen jetzt östliche Winde auf. Wir können erwarten, daß die Neigung zur Aufhellung in den stärker bewölkten Teilen des Reiches immer größer wird. Eine Störungsmasse, die am Mittwoch über England lag, wird unser Wetter nicht beeinflussen.

Wetterausblick für Berlin. Wolkig bis heiter, sonst wenig Veränderung. — Für Deutschland. Im Westen und Süden heiter, nachts recht kühl, sonst wolkig bis heiter; Tagestemperaturen überall unmerklich.

BERLIN
HAMBURG
ALTONA
KÖLN
HANNOVER
DOSSELDORF

Die C&A Seite

DORTMUND
ESSEN
DUISBURG
MAGDEBURG
FRANKFURT 4/4

Jahrgang 1930

Gewidmet allen Freunden unseres Hauses und denen, die es werden wollen.

Nummer 8

Copyright by Kurt Lisser Reklame 1930

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

So was gibt's!

Ein ganz famoser Witz ist — nicht etwa erfunden oder erzählt — sondern passiert, tatsächlich passiert, im schönen Frankfurt am Main!

Die Frankfurter sind ja von altersher als tüchtige Kaufleute bekannt, aber hier ist ein ganz besonders heller Junge am Werk gewesen.

Er kauft sich eine der bei der Geschäfts-Eröffnung von uns angebotenen Hosen für 50 Pf., trägt sie aufs Leihamt, versetzt sie dort, und bekommt dafür — ? — ?

Eine Mark, zwanzig in bar auf den Tisch des Hauses gelegt!

! ! !

Gibt's überhaupt ein besseres Zeugnis für die Güte unserer Ware und für ihre Preiswürdigkeit?

Angesichts einer solchen überzeugenden Groteske bleibt auch dem Phantasie begabten, mit allen Wassern der Reklamekunst gewaschenen Fachmann nichts übrig, als sich still und leise seitwärts in die Büsche zu schlagen.

Und das tut er hiermit!



Ein Anzug aus garantiert reinwollenen Samungara, erstklassig verarbeitet, in den verschiedensten Mustern und Farben; er kostet bei uns nur **59.-**

Der jetzt so beliebte, moderne blaue Gorbardine-Mantel, mit dem festen Hundgurt, ist tiptop verarbeitet und kostet nur **59.-**



Ein sehr festes Kleid aus dem neuzartigen punktierten Stoff: Popeline mit Kunstseide! Das Kleid wird in der Taille blaus getragen, der Rock hat die moderne und beliebte Glockenform. Und der fabelhafte Preis ist nur **12⁵⁰**

Besonders apartes, dreiteiliges Tricot-Charmeuse-Complet. Die Bluse ist ohne Ärmel und sehr hübsch mit vielen und einer Rosette verziert. Rock und Mäntel sind aus der gleichen Farbe. Sein Preis ist nur **18⁵⁰**

Eine Hose für 50 Pf.

zu tragen — so gut sie auch sein mag — ist vielleicht nicht nach jedermanns Geschmack.

Auch die Preise für die beiden Sachen, die wir Ihnen hier zeigen, für den Herren-Mantel und für den Herren-Anzug, sind im Verhältnis zu ihrem Wert erstaunlich niedrig. Aber hier handelt's sich um durchaus vollwertige Kleidung, in der sich jeder sehen lassen kann und die ganz sicherlich von all' Ihren Bekannten und Kollegen weit teurer gekauft wird, als Sie wirklich dafür bei uns auszugeben brauchen.

Haben Sie übrigens schon einen Winter-Mantel? Einen dieser aus dem Trendcoat entstandenen herrlichen Mäntel, die für jedes Wetter geeignet sind. Die Sie namentlich vor Wind und Regen schützen. In denen Sie immer fest und modern aussehen, und die Sie bei uns auch so fabelhaft billig bekommen können. Von **RM. 39⁵⁰** angefangen in allen Preislagen bis hinauf zu **RM. 85⁰⁰**

Der billigste ist gut — und der aller schönste ist billig!

Haltet ein!!



Habt Erbarmen mit einem armen, abgeheften Menschen, der sich vor dem Strom der auf ihn herniederprasselnden Beiträge, Kritiken, Rat-schläge, Rätsel usw. für die C. & A.-Seite nicht mehr retten kann. Und habt, bitte, etwas Geduld, wenn Eure Einsendungen erst nach und nach Erledigung finden können.

Madame Schreiber - Crémieux!

die charmante Pariser Frauentheoretikerin, hielt bei ihrem diesmaligen Berliner Aufenthalt einen Vortrag über die Pariserin, wie sie jetzt ist, wie sie sich entwickelt hat.

Auch die Pariserin hat unter dem Druck der schweren Zeiten eine Wandlung erfahren; sie studiert und arbeitet jetzt wie alle anderen Frauen und erregt sich ihren Platz im Berufsleben — doch nie vergißt sie die Sorge für ihr Aussehen, für ihre Toilette.

Auch die deutsche Frau hat sich die Sorgfalt für ihre Kleidung längst zum Gesetz gemacht, und viele — namentlich Ausländer — behaupten, nirgendwo sehe man so viel nett und sorgsam gekleidete, modern und hübsch aussehende, im Berufsleben stehende Frauen, wie gerade in den Großstädten Deutschlands.

Aber Deutschland ist arm, und die deutsche Frau muß sparen; muß sparen für sich und für die Ihrigen um jeden Preis.

Kommen Sie zu uns, gnädige Frau, Sie werden unsere Preise als den besten Kampfgenossen in Ihrem Sparfahnen-Prinzip finden. Und Sie werden überrascht sein, wie wenig es Sie bei uns kostet, um — der Pariserin gleich — immer modern und elegant angezogen zu sein.

Früh übt sich . . .

Beobachten wir da neulich ein kleines Mädel, das mit seiner Mutter unsere Auslagen für Kinder-Kleidung begut.

Nach einer Weile sagt das Mädel etwas ungeduldig: „Mamma, du sprichst ja kein Wort.“

„Na, was soll ich denn sagen, Dorle?“

„Na, sag' doch z. B.: Dorle, möchtest du das hübsche Kleid dort haben?“

Ist's nötig, zu erzählen, daß Dorle ihr Kleid bekommen hat, allerdings vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil es ungewöhnlich preiswert war.

Mittwoch ist Kindertag

und da haben auch Sie Gelegenheit, für Ihre Kinder aus unseren überraschend niedrigen Angeboten etwas zu wählen. Drei uns besonders nett erscheinende Sachen zeigen wir Ihnen hier:



Telches Tweed-Kleid mit limit. Vederbügel und zweifarbiger Blume Gr. 60 **6⁵⁰**
Der Original-Kleider-Anzug mit reicher Armelkante bei uns für **9⁷⁵**
Reizender Mantel aus gemultertem Stoff, mit abknöpfbarer Pelz-Gr. 60 **9⁷⁵**

Aber es gibt Tausende mehr — alle gleich nett — alle gleich billig!



Ein sehr modernes und kleblames Frühjahrs-Kostüm in uni gemaltertem Stoff. Die Jacke ist ganz mit Kunstseiden-Luchse geblüht und hübsch mit Zierse verziert. Bei uns bekommen Sie es für den Preis **27.-**

Die Eleganz des Commers ist der hochmoderne kunstseidene Mantel aus sehr gutem Noverabile, ganz auf kunstseidenem Paillette. Der Mantel ist mit einem Sommerpelz-Kragen geschmückt, und er ist für **47.-**

Hoch lebe der Strohhut!

Jahrelang ist er uns versprochen worden, und nie konnte er sich so recht durchsetzen. Aber in diesem Jahr kehrt er endgültig zu uns zurück — in großem Format, mit wippender Krempe.

Wie werden wir uns freuen, wenn seine breite Krempe an warmen Tagen unser Gesicht so angenehm beschattet. Überhaupt die Krempe! Die Mode hat sie wohl nur deswegen so breit gemacht, um ihre ganze Liebe darauf konzentrieren zu können.

Was hat sie für entzückende Einfälle gehabt, um all' die hüftigen, sorten Gebilde zu schaffen, wie z. B. diese

modische Glade, die aus einem feinen Florina-Gesicht gearbeitet ist und eine Krempe aus ganzem Artinspinn hat. Sie ist natürlich gefüttert, und eine Crêpe-Georgette-Garnitur macht sie besonders reizvoll — mehr oder wohl noch der ganz erstaunliche Preis von **6⁹⁰**



Aber das ist nur eine Kostprobe aus unserer Kleider-Auswahl, in der auch immer noch Ihr Strohhut auf Sie wartet. Holen Sie ihn recht bald — er ist ja traumhaft schön und soooo billig!

KLEIDUNG?
GEHEN SIE ZU

C&A
BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königsstraße 33
Beim Dreiliner Bahnhof Am Bahnhof/Alexanderplatz

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königsstr. / Chausseestr.

Die Schiebung mit Biesdorf.

Zeuge von Siemens über die Vorgeschichte des Kaufs.

Vor dem Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Wirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung wurde am Mittwoch als Zeuge Herr von Siemens (ein Neffe von Karl Friedrich von Siemens) über den Ankauf des Gutes Biesdorf von Seiten der Stadt Berlin vernommen. Dabei drehte es sich hauptsächlich um die Frage, ob der in der Dienstagsitzung erörterte Kaufvertrag mit der Gewerkschaft Hildegard nur ein Scheinvertrags gewesen ist, um einen höheren Kaufpreis von der Stadt Berlin zu erzielen.

Zeuge von Siemens erklärte dazu, daß er und seine Schwester das Gut Biesdorf geerbt haben, es aber abstoßen wollten.

Es seien deshalb zunächst Verhandlungen mit der Stadt Berlin geführt worden, die aber gescheitert sind.

Später sei er dann durch einen Bekannten seines Schwagers, einen Rittmeister Freiherr von Jöbel, mit Wallking bekannt gemacht worden, hinter dem wieder ein mysteriöser Amerikaner als Käufer stehen sollte. Dann aber sei als Interessent die Stadt Berlin genannt worden und man habe mit Wallking einen Preis von 3,5 Millionen vereinbart mit der Abmachung, daß er mit dem Ueberpreis machen könne was er wolle. Auf den Hinweis, daß sich frühere Verhandlungen mit der Stadt zerschlagen hätten,

habe man ihm gegenüber durchblicken lassen, daß er augenscheinlich zu dümmlich sei, mit der Stadt Berlin ins Geschäft zu kommen.

Als sich die Verhandlungen in die Länge zogen, habe Wallking erklärt, daß er jetzt Kapitalisten an der Hand habe, daß die Gewerkschaft Hildegard kaufen wolle und daß das Geld in bar gezahlt wird. Als zahlungssträtiger Repräsentant der Gewerkschaft Hildegard trat dann der Kaufmann Steidel auf. Der Verkauf ist dann perfekt geworden, nachdem, wie von Siemens erklärt, irgendeine Stelle, wahrscheinlich die Stadt Berlin, die Genehmigung dazu erteilt hatte. (Im weiteren Verlauf der Sitzung wird durch einen Regierungsvertreter festgestellt, daß beim Verkauf von Grundstücken, die zu Zweckzwecken benutzt werden sollen, das Kulturamt Barnim das Vorkaufsrecht hat.)

Auf eine Frage des Abg. Harnisch (Soz.), ob die Gewerkschaft Hildegard ursprünglich habe siedeln wollen, erklärt der Zeuge, daß ihn das nicht interessiert hat. Er habe unter allen Umständen verkaufen wollen.

Als es aus Zahlen ging, hätte Steidel kein Geld gehabt. Zu seinem Erkennen habe er festgestellt müssen, daß man mit dem Kaufvertrag herumgekommen sei, um darauf das Geld zu pumpen, mit dem man ihn bezahlen wollte.

Dann eines Tages sei er von der Discontogesellschaft angerufen worden, ob er für den Betrag von 4 Millionen zu stehen wolle. Schließlich sind 200.000 Mark angezahlt worden. Dann aber seien bei den vereinbarten Zahlungen weitere Forderungen aufgetreten und es müßte immer wieder neu verhandelt werden. Die Behauptungen der Zeugen Steidel und Wallking, daß er bei diesen Verhandlungen den Kaufpreis immer höher geschraubt habe, seien falsch. Es habe sich lediglich um die Zahlung von Kuponen gehandelt, das vorgelagert war für den Fall, daß die Zahlungen nicht pünktlich eingehalten werden. Dann sei wieder ein Direktor Balm als Bevollmächtigter der Gewerkschaft Hildegard aufgetreten, der mit allen möglichen Stellen verhandelt hat und der schließlich auch mit der Stadt Berlin in Verbindung kam. Nach dessen Befundungen wollte Berlin von der Gewerkschaft Hildegard kaufen, wenn sie erst in zwei Jahren zu zahlen brauche. Statt dessen würde aber die Sporkasse ein Darlehen von 4 Millionen geben und davon sollte er 3 Millionen erhalten.

Danach sei es ihm völlig klar, daß die Stadt Berlin über die Vorstände genau unterrichtet gewesen ist, und es hätte von der Stadt Berlin nur eines Anstoßes bedurft, um den Verkauf zwischen ihm und der Stadt direkt zustande zu bringen.

Er sei in der Lage gewesen, den Vertrag mit der Gewerkschaft Hildegard sofort zu lösen, da diese ja mit den Zahlungen dauernd im Rückstand war. Er sei niemals habe dazu keine Veranlassung gehabt; einmal wollte er nicht unfair der Gewerkschaft Hildegard gegenüber handeln, dann aber hätte er befürchten müssen, daß ihn diese wegen des entgangenen Verdienstes schadenerschuldigt mache.

Herr von Siemens befindet dann noch, daß er wegen der Reforderung von 1,1 Millionen die Gewerkschaft Hildegard habe verklagen müssen.

(Daraus haben die Zeugen Wallking und Steidel am Dienstag dem Ausschuss keine Mitteilung gemacht!) Der endgültige Kaufvertrag lautet auf 4,65 Millionen. Die bei der Stadt Berlin eingetragene Reforderung von 1,1 Millionen hat er dann an eine Genfer Bank verkauft, und zwar für 1 Million. Als Kuriosum erwähnt der Zeuge, daß er und sein Schwager dafür die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen müssen. Die Schweizer Bank habe also schon vor dem „Schlussakt“ in Berlin zu der Stadt weniger Vertrauen gehabt als zu zwei Privatleuten, welche deshalb, weil diese nicht verpflichtet sind. Er hätte diese Bürgschaft auch geleistet, denn mit ihm sei es sowieso „Recht am letzten“ und was hinterher komme, sei ihm egal.

Schließlich erklärt der Zeuge noch, daß Wallking auch von ihm eine Provision von 10.000 Mark erhalten hat, weil er so „geschwigt“ habe. Daß Wallking aber sein besonderes Vertrauen gewonnen habe, bestreitet er ganz entschieden.

Nach dieser Aussage fordert Abg. Dr. Veerberg (Dnatt.) mit großer Entschiedenheit die Aburteilung auch dieses Zeugen. Er stehe unter dem Eindruck, daß die gestern verurteilten Zeugen Wallking und Steidel in vielen Punkten falsche Aussagen gemacht haben.

Es sei Sache der Staatsanwaltschaft, sich nunmehr mit den verschiedenen unter Eid gemachten Aussagen zu beschäftigen.

Hierauf sagt als nächster Zeuge Direktor Matten von der Siemens'schen Vermögensverwaltung aus und schildert nach den Akten im einzelnen die Vorgänge. Wallking sei am Anfang der Verhandlungen sehr großzügig aufgetreten, aber auch er habe zu einem solchen „Tapp“ kein Vertrauen gehabt.

In nichtöffentlicher Sitzung beschließt der Ausschuss die Aburteilung der beiden Zeugen. Zeuge von Siemens lehnt es ab, den Eid in der religiösen Form zu leisten. Er schwört ebenso wie der Zeuge Matten in der bürgerlichen Form.

Der Ausschuss beginnt hierauf die Erörterung des Ankaufs des Rittergutes Briß.

Zeuge Ulrich Eckel vom Zentralmagistrat soll darüber Auskunft geben, daß ein Kaufgeld von 2.020.000 Mark nach den Akten gezahlt werden sollte, während der Kaufschilling nur über 2 Millionen lautet. Da sich der Zeuge auf diese Dinge nicht mehr besinnen kann, wird er vom Ausschuss beauftragt, bei der Stadthauptkasse festzustellen, ob die Verkäufer von Briß den Zweimillionenscheck eingelöst haben, da in diesem Falle unklar bleibt, wo die 20.000 Mark geblieben sind.

Der Zeuge Matthews als Richter von Briß bestätigt, daß es nach Uebernahme des Gutes zu Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen dem Grundbesitzer Reutöhl und der Stadthauptkasse G. m. b. H. ge-

kommen sei. Beide Stellen hätten von ihm die Pacht verlangt. Später habe er an die Stadthauptkasse G. m. b. H. zahlen müssen.

Zu dem Ankauf von Neu-Bladow wird Oberbürgermeister Böß darüber vernommen, ob von der früheren Besitzerin Frau von Brandes von dem Erlös 100.000 M. für den Festspielfonds des Oberbürgermeisters abgezweigt sind. Nach einem in den Akten befindlichen Schreiben vom November 1923 hat Stadtrat Busch die Verkäuferin daran erinnert, daß sie sich bereit erklärt habe, diese Summe zu einem solchen Zweck zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister Böß wird danach gefragt, ob er tatsächlich einen Druck auf die Verkäuferin von Neu-Bladow ausgeübt hat.

Oberbürgermeister Dr. Böß erklärt dazu, daß ihm von einem solchen Brief des Stadtrats Busch nichts bekannt ist. Ganz generell habe er Busch gebeten, bei größeren Geschäften zu fragen, ob die Verkäufer etwas spenden wollen für den Festspielfonds. In diesem Falle hätte die Verkäuferin aber an den Fonds nichts gezahlt. Bei dem Festspielfonds 1929 habe es sich um Zuschüsse für die Festspiele gehandelt, die nicht von der Stadt veranstaltet wurden, aber für die

verschiedene Leute Gelder gaben. Früher habe es ähnliche Fonds für Kunst- und Wohlfahrtszwecke gegeben.

Der nächste Zeuge, Bürgermeister Stritte-Spandau äußert sich über die Differenzen, die aus Anlaß des Ankaufs Neu-Bladows zwischen Spandau und dem Zentralmagistrat entstanden sind. Spandau habe die Absicht gehabt, nur einen wertvollen Teil von Neu-Bladow zu erwerben. Das habe Busch abgelehnt und zur Uebertragung mitgeteilt, daß er wegen Ankauf des ganzen Gutes schon seit einem Jahr verhandele. Die Proteste wegen der Umgehung Spandaus haben aber nicht geholfen. Ihm sei der Preis von 2,50 M. pro Quadratmeter zu hoch erschienen.

Zum Schluß wird noch einmal Oberbürgermeister Böß, und zwar über Ankauf des Rittergutes Marienfelde vernommen. Da sich in den Akten eine Verfügung von Böß an Stadtrat Busch befindet, daß dieser sich vor weiteren Verhandlungen mit dem Gutbesitzer Kiepert erst mit ihm in Verbindung setzen solle, vermutet der Berichterstatter, daß auch hier Böß wieder auf den Verkäufer zugunsten einer Spende für den Festspielfonds habe einwirken wollen.

Böß erklärt dazu, daß sich Kiepert und Frau sowohl für die städtische Spandau als auch für die Festspiele interessiert hätten und freiwillig für beide Fonds 100.000 M. zur Verfügung gestellt haben.

Dazu sollen noch weiter Kiepert und Busch gehört werden. Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses findet am Donnerstag 10 Uhr statt.

Buchrucker enthüllt.

Deutschnationaler Putschismus und Umfall im Jahre 1923.

Als Hugenberg noch nicht den großen Umfall vollzogen hatte, spielte man in seinen Kreisen mit dem Schlagwort „1923“. Man phantasierte vom kommenden neuen Putsch, und es gab sogar Leute, die das ernst nahmen. Diese Leute sind nun über Hugenberg's Umfall entrüstet. Zu ihnen gehört Major Buchrucker. Er paßt in der Straßerschen Zeitung „Der nationale Sozialist“ aus. Er beschuldigt die Deutschnationalen, daß sie heute genau so schmählich verfaßt hätten wie 1923.

Was war 1923? Darüber erzählt Buchrucker:

In den Jahren 1922 und 1923 habe ich in der Provinz Brandenburg gemeinsam mit der Reichswehr eine heimliche Heeresverstärkung vorbereitet. Die neue Truppe, die sich selbst Schwarze Reichswehr nannte, bestand aus Stämmen, die in Reichswehrkasernen lagen, und dem im Lande befindlichen Beurlaubtenstande, der abteilungsweise nach und nach bei den Stämmen ausgebildet wurde. Die Schwarze Reichswehr erreichte im September 1923 die Stärke von etwa 18000 Mann. Am September 1923 wurde es ganz klar, daß der passive Widerstand vor dem Zusammenbruch stand.

In dieser Lage wollte ich die Reichsregierung zwingen, die im Reich vorbereitete Heeresverstärkung durchzuführen.

Die für meinen Plan erforderlichen Geldmittel bekam ich zu meiner freien Verfügung. Offiziere und Mannschaften der Schwarzen Reichswehr stammten zum großen Teil aus dem Heimatbunde der Provinz Brandenburg, der zwar vom preussischen Innenminister verboten war, aber heimlich weiterbestand und mit der Reichswehr Hand in Hand arbeitete. Der Heimatbund stand unter ausschlaggebendem Einfluß des Großgrundbesitzes und entsprach dem Landbunde, war aber organisationsmäßig von ihm getrennt. Die oberen Führer waren sämtlich, die unteren fast sämtlich Mitglieder der Deutschnationalen Partei.

Die Kreisleitungen des Heimatbundes waren die Bezirkskommandos, mit deren Hilfe die Truppen der Schwarzen Reichswehr einberufen wurden.

Einige von den Heimatbundführern hatten Führerstellen in der Schwarzen Reichswehr.

Ich wollte das Regierungsviertel und andere wichtige Punkte Berlins besetzen, die Reichsleitung festnehmen und zwingen, den Befehl zur Durchführung der im Reich vorbereiteten Heeresverstärkung zu geben.

Hierzu berief ich von Mitte September 1923 an allmählich im ganzen 6000 Mann der Schwarzen Reichswehr ein. Der Schlag sollte in der Nacht vom 29. zum 30. September erfolgen, in derselben Nacht sollten mit einem Male die übrigen 12000 Mann aufgestellt werden. Alles war bis in die Einzelheiten genau vorbereitet, besonders die Besetzung des Regierungsviertels. Ich stand in Fühlung mit Verbänden im Reich, die ihre Truppen aufstellen wollten, sobald der Schlag in Berlin ausgeführt war. Der Obmann des Heimatbundes hatte Plan und Ausführung geübt.

Die deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des Landtages bildeten einen gemeinsamen Ausschuss, der durch je einen Reichstags- und Landtagsabgeordneten mit mir in Verbindung trat.

Unter den Heimatbundführern entstand eine Angst, die im Laufe der Tage größer und größer wurde und schließlich gelang es ihnen, den Obmann zu bestimmen, daß er am Morgen des 27. September 1923 mir sagte, das Unternehmen müsse aufgegeben werden.

Ohne den Heimatbund war die Durchführung des Unternehmens nicht möglich. Ich mußte also das Unternehmen aufgeben. Das war besonders deshalb schmerzhaft, weil die fanatischen Truppen der Schwarzen Reichswehr durchaus loszuschlagen wollten und ihrer Entlassung widerstrebt. Was nun noch erfolgte, geschah lediglich, um die Entlassung durchzuführen; der sogenannte Küstriner Putsch vom 1. Oktober 1923 war ein Scheitern, das nur diesem Zweck diente.

Ich möchte hier nur noch die Ueberzeugung aussprechen, daß die Reichswehr mitgehen hätte oder uns hätte gewähren lassen, wenn der Heimatbund bei der Stange geblieben wäre.

Daran kann keine nachträgliche Erklärung etwas ändern. Nach allem Borgefallenen wiegen Reichswehredemontagen nicht schwer. Das gut vorbereitete Unternehmen ist am 27. September 1923 an der deutschnationalen Angst gescheitert.

Die Enttäuschung des Herrn Buchrucker wird nach größer werden, wenn er den neuesten „Bölkischen Beob-

achter“ liest. Dort bekennt sich Hitler in einem endlosen Artikel zu Hugenberg und schneidet die wilden Angriffe der nationalsozialistischen Presse gegen Hugenberg mit folgender Erklärung ab:

„Ich hätte es immer für zweckmäßiger, mit Verbündeten als gegen Verbündete zu kämpfen. Auch im innerpolitischen Kampf werde ich jede Hand ergreifen, die sich mir zur Durchführung eines notwendigen Kampfes entgegenstellt. Das gilt für die Vergangenheit und gilt auch für die Zukunft.“

Das bedeutet, daß Hitler Hugenberg Rückendeckung für diesen Umfall und für den nächsten gibt!

Der neue Ullrich-Prozess.

Berufungsverhandlung gegen den Volksbundführer.

Kattowitz, 9. April.

Unter großem Andrang — vertreten sind von ausländischen Vätern der „Manchester Guardian“, die „Neue Zürcher Zeitung“ und des Journal de Genève — begann die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den Leiter des Deutschen Volksbundes, Otto Ullrich, der am 26. Juli v. J. wegen

Beihilfe zur Entziehung vom Militärdienst

zu 3 Monaten Gefängnis mit einer zweijährigen Bewährungsfrist unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt worden war. Richter sind Dr. Zehender als Vorsitzender mit den Beisitzern Lesser und Ortmann. Die Anklage vertritt Procurator Lewandowski; der Angeklagte hat Dr. Bai als Rechtsbeistand. Der Verhandlung wohnt auch der englische Parlamentarier Oberst Malone bei. Der vorgeladene preussische Oberregierungsrat Graf Ratuschka-Oppeln ist infolge einer Operation nicht reisefähig und daher nicht erschienen.

Es wurde bekanntgegeben, daß das Appellationsgericht die Berufungen des Staatsanwalts wie der Verteidigung für gemindert begründet anerkannte und den Antrag des Verteidigers auf Zurückweisung der staatsanwaltschaftlichen Berufung abgelehnt hat. Der Angeklagte erklärte, daß er die Beschuldigung für Bialucha, die den Gegenstand der Anklage bildet, niemals geschrieben habe, sich im übrigen aber auf seine Ausführungen in der ersten Instanz beziehe. Auf Betragen lagte der Angeklagte, es sei seiner Ansicht nach nicht ausgeschlossen, daß auch das Papier des Dokuments in Sachen Bialucha nicht echt sei. Auf Betragen des Verteidigers gab der Angeklagte noch eine ausführliche Darstellung seiner Stellungnahme zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Ostpreußen und betonte, daß

in einem demokratischen Staat die Wehrpflicht seiner Ansicht nach eine der Hauptaufgaben der männlichen Jugend darstelle,

und daß er außerdem für die allgemeine Wehrpflicht in Ostpreußen deshalb eintritt, weil die Wehrpflichtigen aus dem vordereinstufigen sich an die allgemeinen Staatspflichten gewöhne.

Die Vernehmung des ersten Zeugen, des Kapitäns Cuchan, ergab gegenüber der vorigen Unternehmung einige wesentliche Unterschiede. Der Zeuge hielt im allgemeinen seine damalige Aussage aufrecht, fügte aber hinzu, daß der Chauffeur Primus Korrespondenzen, die an den Volksbund und das deutsche Generalkonsulat gerichtet waren, der Geheimpolizei verschafft hat und zwar, indem er sie vor Zustellung an die Adressaten der Abteilung 2 des Polizeipräsidiums brachte. Hierbei seien auch öfter Briefe von dieser Abteilung geöffnet worden, um an die Dokumente heranzukommen. Der Zeuge gab zwar zu, daß er einige Male bei der „Bearbeitung“ der Dokumente zugegen gewesen sei, er

äußerte sich aber nicht darüber, wie die Bearbeitung vor sich ging,

und alle Versuche des Vorsitzenden, Aufklärung zu erlangen, scheiterten an den ausweichenden Antworten des Zeugen, der noch erklärte, das Originaldokument Bialucha habe er nicht gesehen. Bemerkenswert war, daß der Zeuge seine Aussagen in der ersten Instanz betr. den Grenzübertritt mittels Mißpfeideraumwesens des Volksbundes dahin einschränkte, daß er damit nur die Ueberführung der Abteilungsgegenstände gemeint habe, nachdem die Bestreuten vorher mit der regulären Grenzpartie die deutsch-polnische Grenze überschritten hätten. Auch für die angeblich staatsfeindliche Beeinflussung der „Nat. Ztg.“ durch den Angeklagten verwies der Zeuge lediglich auf das von ihm in erster Instanz überreichte Schreiben des U. V. Bundes, er konnte im übrigen aber nichts dafür anführen, daß der Angeklagte die „Nat. Ztg.“ in staatsfeindlichem Sinne beeinflusst hätte. Weiterhin erklärte der Zeuge auf Betragen der Verteidigung, daß er in erster Instanz behauptet habe, die Unterschrift des Anwohlers auf dem „nat. Ztg.“ Artikel sei echt, nur damit weil er Gegenwart gehabt hätte, die Unterschriften des Angeklagten während der Verhandlung zum Vergleich heranzustellen; andere Unterschriften des Anwohlers hätte er vorher nicht gekannt. Der Zeuge konnte auch nicht zugeben, ob die dem Gericht vorliegende photographische Blatte, die in erster Instanz nicht vorlag, die Aufnahme des Originaldokuments oder nur eine Photographie dieses Dokuments sei.

Die D-D-Bank erstattet Bericht.

Gegen den Wirtschaftspessimismus. — Die große deutsche Kapitalbildung.

Der erste Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, der zweifellos repräsentativsten Bank Deutschlands, mit ihrem 5 Milliarden Eigen- und Fremdkapital und ihren auch nach dem Abbau noch 21 000 Mann zählenden Angestelltenheer, ist jetzt veröffentlicht. Zur Erinnerung sei bemerkt, daß Ende September 1929 neben der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft auch die Süddeutsche Discontogesellschaft, die Rheinische Creditbank, der Schaaffhausensche Bankverein, die Norddeutsche Bank (vorher noch die kleine Osnabrücker Bank) in der Riesenbank aufgegangen sind. Im Jahre 1929 wurden drei weitere Fusionen mit Preiser-Kassel, Frank-Krefeld und Doerenbock-Stuttgart durchgeführt. Die Schaffung der Deutschen Bank-Discontogesellschaft war ein Ereignis erster Ordnung, das die Bildung des Kartelltrustes, des Rohmontantrustes und der Lloyd-Hapag I. G. noch weit an Bedeutung übertraf. Wir haben immer betont, daß die Rationalisierung des deutschen Bankwesens erst noch bevorsteht und so war die Bildung der D-D-Bank auch nur als

Großetappe für eine Neuorganisation des deutschen Bankwesens anzusehen.

Für eine volkswirtschaftliche Erfolgsbeurteilung, die bei einer solchen Riesenbank die allein gebotene ist, wäre es nach drei Monaten Fusionsgeschichte noch zu früh. Freilich wäre die Fusion nach der Gegenüberstellung der abblierten Bilanzfiguren der sechs verschmolzenen Banken für 1928 mit den Schlüsseln der vereinigten Bank für 1929 als Erfolg anzusprechen.

	Ende 1928 (6 zusammenge- setzte Banken)	Ende 1929 (Deutsche Bank und Disconto)
Kreditoren	4 642,8	4 728,6
Akzente	212,9	213,2
Wechsel u. Schecks	1 314,5	1 249,9
Reports u. Lombards	303,5	152,4
Wareneinschüsse	673,1	699,9
Wertp. u. Konf.-Bilg.	166,4	154,2
Dauernde Bilg.	67,8	35,0
Debitoren	2 107,7	2 403,0
Bankgebäude u. Grundb.	109,5	111,9
Zinseinnahmen	100,9	101,7
Provisionen	119,1	119,9
Handl.-Uml.	151,9	155,9
Steuern	27,1	24,9
Reingewinn	(50,0)	32,1
Dividende	—	10 %
Aktienkapital	361,0	265,0
Reserven	153,0	160,0
Ges. Eigenkapital	514,0	445,0

Die Summe der Kreditoren, die entscheidende Geschäftsgrundlage, ist von 4643 auf 4729 Mill. gestiegen. Auf der Aktivseite zeigen sich Verschiebungen, die teils durch konventionelle Umbildungen infolge der Fusion, in der Hauptsache aber durch konjunkturelle Richtungsänderungen des Bankgeschäfts zu erklären sind. Wechsel- und Scheckumsätze sind von 1314 auf 1250 Mill. zurückgegangen. Börsen- und Lombardkredite von 303 auf 152 Mill. halbiert, Wareneinschüsse verhältnismäßig gering, aber doch von 673 auf 700 Mill. gestiegen, die laufend gewährten Kredite am stärksten von 2108 auf 2403 Mill. erhöht.

In der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich bei den hauptsächlichsten Einnahmeposten fast völlige Gleichheit: Zinseinnahmen sind mit 101,7 gegen 100,9, Provisionen mit 119,9 gegen 119,1 Mill. kaum verändert. Dennoch ergibt sich ein sehr beträchtlicher Rückgang des Reingewinns, bei einfacher Addition für 1928 von rund 50 auf 32,1 Mill. Mark.

Fusionsziel und Fusionswirkung.

Schon hier zeigt sich, daß die Beurteilung der Fusionswirkung bei rein additioneller Gegenüberstellung eine ganz andere ist, als nach dem Gesichtspunkt des Fusionsziels, den Geschäftsertrag unter Verringerung der Kosten zu steigern. Die Handlungsumföhen sind 155,9 gegen 151,9 Mill. noch etwas höher ausgewiesen; die Steigerung wird durch den Rückgang der Steuern von 27,1 auf 24,9 Mill. auch nicht ausgeglichen. Die Dividende kam aber mit 10 Proz. unverändert bleiben, weil statt des bisherigen Aktienkapitals von 361 Mill. nur 265 Mill. mit Dividende ausgewollten sind. Man wird in dieser Niedrigerhaltung des Aktienkapitals um 76 Mill. und in der gleichzeitigen Erhöhung der Reserven von 153 auf 160 Mill. eine der markantesten Vorsichtsmaßnahmen zu erblicken haben, um den Eindruck jedes Mißerfolges der Fusion zu erschweren.

Die Beurteilung der Fusionswirkung ist aber ganz besonders dadurch erschwert, daß man aus den erzielten Budgetgewinnen und sonstigen Reserven der fusionierten Banken ein besonderes Fusionsvermögen gebildet hat zur Deckung der Kosten, Verluste und Abschreibungen, über das kein Außenstehender ein Urteil haben kann. Die wichtigsten Grundfragen zur Beurteilung der Fusion bleiben der Deffektivität also verborgen, und man wird die Entwicklung späterer Jahre abwarten müssen, um zu einem einigermaßen sicheren Urteil kommen zu können. In der Bilanz selbst hat man freilich bei einem Posten zur Verbesserung des Bildes stille Reserven aufgelöst, und zwar bei den Posten Gebäude und Grundstücke. Davon sind 15 Stück verkauft worden, dennoch sind Gebäude und Grundstücke in der 1929er Bilanz mit 112 gegen 109 Mill. noch höher ausgewiesen als in den Additionsposten von 1928.

Der Geschäftsbericht ist über den Fusionserfolg, wenn auch optimistisch, so doch sehr schweigsam, weil offenbar der Generalversammlung noch einige Risiken ausgehoben werden sollen. Ueber den Personalabbau wurden noch keine Ziffern gegeben, der Personalbestand betrug rund 21 000 Mann Anfang April 1930; nach einer Erklärung des Herrn Wassermann sollen von den abgebauten Beamten 51 % Fern, bereits wieder untergebracht worden sein. In dieser Richtung werden die Fragen der Anzeigungsverteilung in der Generalversammlung wohl noch einige Aufklärung bringen. Wir hoffen auch, daß zahlenmäßige Verteilungen darüber gemacht werden, in welcher Weise an der Spitze abgebaut worden ist und was an Abfindungen und bawernden Leistungen für diesen Abbau zu zahlen sein wird. Was die größte deutsche Bank, die 5 Milliarden Mark ständig zu verwalten hat, zu den

Problemen der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

zu sagen hat, fordert um so mehr Aufmerksamkeit, als der Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Discontogesellschaft auch im Ausland besondere Beachtung zu finden pflegt. Der Lebenshaltungsindeks sei sehr viel weniger stark gesunken als der Index der Agrar-

produkte, der Index der Rohstoffe unvergleichlich viel stärker als der Index der Fertigwaren. Als gegen Schlechte gelächelt wird man die Bemerkung auffassen dürfen, daß die Rentabilisierung der Landwirtschaft nicht durch Gelegenheitsgeschäfte, sondern in weitgreifender, methodischer Arbeit herbeigeführt werden müsse, wobei die landwirtschaftlichen Produktions- und Abnahmehethoden auf die weltwirtschaftliche Entwicklung eingestellt werden müssen. Die zweckmäßige Verwendung der dafür nötigen Gelder sei ebenso wichtig wie ihre Ausbringung, und wenn die Selbstverwirklichung der Landwirtschaft auch die wichtigste Aufgabe hätten, so könne der Staat doch nicht auf eine Ueberwachung verzichten. Die deutsche Industrieausfuhr müßte sich elastischer der Weltmarktentwicklung anpassen können, doch drückt sich die Deutsche Bank hier vor dem Schluß, daß dann auch von einer Erhöhung der Industriezölle keine Rede sein darf und daß die Kartell- und Monopolpreise in Deutschland abgebaut werden müssen, eine Forderung, die die Banktatsache aus der verarbeitenden Industrie aus dem Munde der Deutschen Bank sicher sehr gerne gehört haben würde.

Die drei Hemmnisse einer Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft seien das deutsche Steuersystem, das hohe Lohnniveau und der hohe Kapitalpreis. Ausgabenreduktion wird verlangt. Aber: „Scharfe plötzliche Drosselung der Ausgaben schadet mehr als sie nützt“, auch die notwendige zweckmäßigere Verteilung der Kosten zwischen Produktion und Konsum könnten aber neues Kapital nicht schaffen. Das ist eine Lehre für alle Wechnachtsmänner in der Finanzpolitik. Die Lohnrückführungen der beiden letzten Jahre seien nicht mehr aus steigender Wirtschaftsrente bezahlt worden. Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter in Deutschland um 10 Proz. niedriger, so wäre die Arbeitslosigkeit geringer und die Wirkung sinkender Preise auf Außenhandel und Zahlungsbilanz hätten den Reallohn wahrscheinlich trotzdem nicht gesenkt. Einen Einfluß für eine Lohnreduktion könne die Verlängerung der Arbeitszeit bieten, die zeitlich begrenzt werden könne. Eine Senkung des überhöhten Zinsfußes könnte herbeigeführt werden: durch Steuerentlastung zu stärkerer Kapitalbildung und Verringerung der Kapitalkosten, Lohnsenkung oder Arbeitszeitverlängerung könnte die Nachfrage nach Investitionskapital für Rationalisierungszwecke verringern, die öffentliche Kapitalnachfrage könnte durch Senkung und Konsolidierung der öffentlichen Schulden verringert werden. — Leider handelt es sich

bei der ganzen Auffassung auch wieder nur, wie es bei den deutschen Unternehmern üblich ist, um ein

Kurieren an den Symptomen.

nicht um eine Heilung der deutschen Wirtschaftskrankheit selbst. Wenn Deutschland durch Reparationen von 2 Milliarden bei einer (angenommenen) Kapitalbildung von 10 Milliarden jährlich mit 20 Proz. vorbelastet ist, dann ist es selbstverständlich, daß auf Jahre hinaus eine starke Verschuldung dem Ausland gegenüber notwendig ist, um die erforderliche zusätzliche Verbilligung der Produktion um 20 Proz. zu erreichen. Höhere Löhne waren bisher das beste volkswirtschaftliche Mittel, um die entsprechende Rationalisierung ohne Gefährdung der inneren Kaufkraft, von der unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland abhängt, zu erzwingen. Durch die Drosselung der ausländischen Kapitalzufuhr ist die Steigerung der inländischen Kaufkraft und die erfolgreiche Rationalisierung der Industrie vorzeitig gestoppt worden. Das sind u. E. die wirklichen Ursachen der jetzigen Depression. Werden mechanisch Staatsausgaben und Steuern gesenkt, gar Löhne reduziert, die Arbeitszeit verlängert und schließlich aus Steuer- und Tarifierhöhungen in der öffentlichen Wirtschaft zwangsweise Anlagenwerte geschaffen, dann wird die Krankheit verschärft, statt gemildert.

Die unterschätzte Kapitalbildung.

Gegen den Wirtschaftspessimismus wendet sich der Geschäftsbericht mit starken Argumenten. Wichtige Zusammenschlüsse im Industrie-, Handels-, Bankwesen und Versicherungsgewerbe, die Bildung von internationalen Verkaufsvorbänden hätten auch im vergangenen Jahr die Wirtschaft gestärkt. Die deutsche Kapitalbildung werde stark unterschätzt, weil sie infolge der Selbstfinanzierung nur wenig in Erscheinung trete. Die Auslandsverschuldung Deutschlands betrage insgesamt 15 Milliarden Mark. „Es entspricht dies ziffermäßig dem Betrag, den wir seit Beginn der Stabilisierung allein im Wohnungsbau investiert haben (14,9 Milliarden), daraus folgt, daß alle anderen Zahlungen und Anlagen, also die Neuausrüstung der privaten Haushaltungen und der Handelslager nach der Inflation, die ganze Rationalisierung mit Fabrikbauten und maschineller Neuerrichtung, Verbesserung im Eisenbahn- und Verkehrsweesen, Bau neuer, Instandhaltung aller Straßen, die nicht gerade zu sparsamer Einrichtung und Ausstattung öffentlicher Gebäude seit 1924 und endlich die 8 Milliarden Dawes-Zahlungen aus eigener Kraft geleistet worden sind.“

Dieses Zeugnis der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, daß die gewaltige Wirtschaftsleistung Deutschlands aus eigener Kraft, an der die Arbeiterschaft ein sehr hohes Verdienst hat, mit einprägsamer Buche unterstreicht, wird allen Finanz- und sozialpolitischen Schwarzmalern und Hehern immer wieder entgegengehalten sein.

Debatte im Reichstohlenrat.

„Der Bergbau nagt am Hungerloch.“

In Berlin fand gestern die jährliche Vollversammlung des Reichstohlenrates statt. Bergbaupräsident Bennhold, der den Jahresbericht über die Lage der Kohlenwirtschaft erstattete, hob hervor, daß die kräftige Kohlenkonjunktur im vergangenen Jahre eine Erhöhung der Fördermengen um 12,5 auf 163,5 Millionen Tonnen, also um rund 8,3 Proz. gegenüber 1928 gebracht habe. Sogar das Rekordjahr 1927 wurde mit einer um 6,4 Proz. höheren Fördermenge im letzten Jahre weit in den Schatten gestellt, während das letzte Friedensjahr (berechnet auf das heutige Reichsgebiet) sogar um 22,5 Millionen Tonnen oder 16 Proz. übertroffen wurde. Die Kohproduktion sei durchschnittlich gegenüber 1928 mit 10,9 Proz. noch stärker gestiegen und liege um rund 21,7 Proz. über dem Friedensstande. Der seit Jahresbeginn festzustellende schwere Konjunkturrückschlag habe besonders für die ober-schlesischen Reviere schwere Folgen gehabt. Der erfreuliche Aufstieg der ober-schlesischen Belegschaft um rund 4000 auf 60 400 Mann im letzten Jahre sei durch den Rückgang bereits mehr als aufgehoben. Es sei im Gegenteil durch den inzwischen vollzogenen

Abbau von 5500 Bergarbeitern

Abbau von 5500 Bergarbeitern sogar eine Verminderung gegenüber Anfang 1929 eingetreten. Daher seien auch unter Berücksichtigung höherer volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte die schweren Bedenken der deutschen Kohlenwirtschaft gegen die Einfuhr polnischer Kohle durchaus verständlich.

Auch das letzte Jahr hat eine weitere Steigerung der Arbeitsleistungen mit sich gebracht. Der Förderanteil je Kopf und Schicht der gesamten Grubenbelegschaft erhöhte sich auf 1271 Kilo und für die Arbeiter unter Tage auf 1558 Kilo. Damit ist der durchschnittliche Förderanteil je Mann und Schicht gegenüber 1913 um reichlich 34 Proz. gestiegen, während noch 1928 die Steigerung erst 26 Proz. betragen hatte. Der Bericht muß ferner eine Besserung der Erlöse des deutschen Steinkohlenbergbaues infolge des Mehrabzuges und der Besserung auf dem Weltkohlenmarkt feststellen.

In der Diskussion trat als Vertreter der Bergarbeiter Genosse Martini

für die Siebenstundenschicht im Bergbau

ein. Er wies darauf hin, daß Ende 1923 die Arbeitszeit in freiwilliger Vereinbarung verlängert worden sei und erinnerte an das Versprechen von Hugo Stinnes, an einen Abbau der Arbeitszeit heranzugehen, wenn die Friedensförderung je Mann und Schicht wieder erreicht sei. Jetzt sei nicht nur der Stand der Friedensleistungen wieder erreicht, sondern sogar um 34 Proz. überschritten. Die vom rheinischen Braunkohlenverband seitig angewandte Politik, die Preise nicht wegen der Selbstkosten, sondern aus marktpekulativen Gründen hochzuschrauben, sei unhaltbar und lasse für die Zukunft jede Möglichkeit offen. Es sei im höchsten Grade bedauerlich, daß sich das Reichswirtschaftsministerium dieser Politik nicht widersetze habe. Zum Schluß wandte sich Martini gegen die Ueberhebung der Produktionsanlagen des Bergbaues und die zahlreichen Forderungen von Kapitalinvestitionen, die auf das engste mit dem Ueberhandnehmen der Selbstfinanzierung der Betriebe zusammenhängen.

Als Unternehmervertreter entgegnete der Stahlrühr-Direktor Knepper, daß die Verzinsung des im Bergbau angelegten Kapitals minimal sei. Käme die von Martini geforderte Siebenstundenschicht, so sei das Ende des deutschen Bergbaues da. Unter dem Gesähter der Arbeitervertreter versetzte sich Herr Knepper, der kurz vorher noch das vergangene Jahr als das beste seit der Inflation bezeichnet hatte, zu der Behauptung, daß der Bergbau heute schon am Hungerloch nage. Dr. Berger-Bohum vom Bergarbeiterverband ersuchte die Unternehmer, nicht allzuviel schwarze Schminke

aufzutragen. Herr Knepper überschätze die Gläubens-

kraft der Vermahlung doch ganz gewaltig. Man solle den Enquetebericht nachlesen, wo eine objektive Untersuchung die wachsenden Erlöse im Bergbau festgestellt habe. Auch nach Abzug der von Schmalenbach sehr hoch festgesetzten Abschreibungen habe der Steinkohlenbergbau an der Tonne Kohle 2,50 Mark bar verdient. Wenn der Bergbau am Hungerloch nage, sei es ein Rätsel, wie die Zechenbetriebe die riesigen Verluste von Betrieben in den letzten Monaten, mit barem Gelde bezahlt hätten. Die ausgeschütteten Dividenden besaßen heute gar nichts mehr, denn sie ständen im schärfsten Kontrast zu den tatsächlich erzielten Erlösen. Kein Unternehmer könne abstreiten, daß der deutsche Bergbau sich mit Hilfe seiner Abschreibungen grech gemacht habe, die

aus der Arbeitskraft des Bergmanns herausgeholt

wurden. Die von Berger zum Schluß aufgestellte Forderung des Prüfungsrechtes der Selbstkosten im Bergbau durch den Reichstohlenrat stieß auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer, deren Sprecher Brandt hinter dieser Forderung politische Motive vermutete und ein Zugeständnis der Zechenunternehmer in dieser Frage als Selbstmordpolitik bezeichnete.

Neue Goldzufuhr bei der Reichsbank.

Der erste Ausweis des Präsidenten Luther.

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. April, der zum erstenmal von dem neuen Reichsbankpräsidenten Luther verantwortlich gezeichnet ist, weist eine für die erste Monatswoche sehr kräftige Entlastung auf.

Die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks, Lombards und Wertpapieren ging in der Berichtswoche um 168,4 auf 2193,6 Millionen Mark zurück. Der Hauptteil der Entlastung fällt auf die Lombardbestände (Kredite gegen Hinterlegung von Wertpapieren und Waren), die sich um 145 auf 86,3 Millionen Mark senkten. Die Entlastung des Wechselbestandes, die mit nur 25,7 Millionen Mark angewiesen wird, dürfte tatsächlich annähernd 60 Millionen Mark betragen haben, da die Einreichung von Auslandswechseln, die nicht unter den bedungsfähigen Devisen, sondern „unsichtbar“ über Wechselkonto verbucht wurden, sich in der Berichtswoche etwa in dieser Höhe gehalten haben dürfte.

Die Wirkungseffekte der letzten Discontofunktion trat auch in der Berichtswoche in einem weiteren starken Goldzufluß von 45,5 Millionen Mark deutlich zutage. Da zugleich ein über das Normalmaß hinausgehender starker Rückstrom von Reichsbanknoten in Höhe von 264,4 Millionen Mark stattfand und der gesamte Notenumlauf sich auf 4903,5 Millionen Mark erniedrigte, stieg die Deckung der Noten durch Gold allein sehr kräftig von 51,9 auf 55,7 Proz. Die Deckung durch Gold und bedungsfähige Devisen erhöhte sich von 60 auf 63,4 Proz.

Ferngas in Hessen.

Der Aufsichtsrat der Heloga wird nicht informiert.

Der Vorstand der Hessischen Kommunalen Gasversorgung (Heloga) hat zu einer Aufsichtsratsitzung für den 10. April eingeladen. Auf der Tagesordnung steht: Beschlussefassung über die gänderten Verträge mit der Ruhrgas-L.G. Bis zur Stunde ist den Aufsichtsratsmitgliedern noch in keiner Weise Bericht gegeben worden über die vorgenommenen Änderungen. Auch sind die neuen Vertragsentwürfe den Aufsichtsratsmitgliedern nicht aus-gehändigt worden.

Der Vorstand der Heloga hat immer die Ueberwachungs-politik bevorzugt. Sollten hier wieder vollendete Tatsachen vorberichtet werden sein?

Kurt Rudolf Neubert:

Wir sind alle Komödianten

Schlus]

Theo wird uns nie glauben. Er wird das Schlimmste annehmen. Hören Sie? Das Schlimmste! Aber... ich liebe Sie! Ich werde mit Ihnen verreisen! Wollen Sie? Ich werde...

Wollen Sie? Antworten Sie doch, sagen Sie doch etwas, wollen Sie meine Freundin, meine Geliebte, was weiß ich noch, meine Frau werden?

Es klingelt. Einen Moment. Es war das Telefon. Nein, es war die Tür. Hier mag das denn sein? Ach, beruhigen Sie sich. Es ist gar nicht Theo. Theo war gar nicht am Apparat. Ich habe Sie in Angst versetzt. Es war eine Idee von mir, eine Halluzination. Ich weiß nicht, was ich damit bezwecken wollte, es fiel mir vorher so ein. Vielleicht dachte ich, daß Sie...

Aber dieses Klingeln. Ich muß doch nachsehen... Einen Moment nur noch. Sie können dann gleich gehen. Sofort gehen. Seien Sie mir nicht böse. Ich hab' mich schon wieder in der Gewalt. Ich denke an unsere Abmachung. Behalten Sie das Vertrauen zu mir, bitte. Dieses Klingeln... Ich verbiete mir dieses Klingeln. ... Ich... werde...

Theo.

Ich... ich kann dich leider nicht empfangen. Ich habe Besuch. Was ich für ein Gesicht mache? Mache ich denn so ein komisches Gesicht? Hahaha. Findest du, Theo? Es kann schon sein Theo, ich...

Ich kann dich nämlich wirklich nicht empfangen, entschuldige, ich habe Besuch, sagte ich das schon? Eine Dame, Theo.

Ra, erlaube mal. Das geht doch nicht.

Auch nicht fünf Minuten. Ist es denn so wichtig? Verstehe doch meine Situation! Du wunderst dich über mein komisches Gesicht, merkst du denn nicht, daß du mich... daß du mich... im Augenblick... geradezu belästigst?

Theo, ich bitte dich, nimm sofort den Fuß von der Schwelle. Was fällt dir ein! Bist du verrückt geworden?

Hilda bei mir? Du bist irrsinnig!

Stehen Sie im Zimmer, Lucie, bleiben Sie doch im Zimmer, Lucie. Hier ist ein Bekannter von mir. Bist du denn schon angezogen, Lucie? Kannst du dir nicht schnell etwas überziehen? Theo, merkst du denn nicht, daß du genierst? Sie hat bei mir geschlafen, kam vor zwei Stunden müde aus Hamburg. Eine alte Freundin. Junge, mach doch nicht so ein Gesicht. Was machst du für ein Gesicht, Theo. Hab' ich etwa vorher so ausgesehen? Also, Theo, nimm sofort den Fuß von der Schwelle. Was weißt du?

Was weißt du?

Du bist verrückt. Theo, ich boze dich nieder, wenn du es magst...

Na, endlich. Was hast du denn nur? Wie kommst du auf diese verrückte Idee? Sei doch vernünftig. Wie ein kleiner Junge bist du. Ich werde Hilda das erzählen. Was würde Hilda dazu sagen. Ich habe übrigens vor einer halben Stunde mit Hilda gesprochen, sie rief mich aus dem Café X. an, ob du hier wärest. Fahr doch gleich hin, vielleicht triffst du sie noch. Einen Gruß, bitte. Also nimm mir's nicht übel, aber du weißt ja... Auf wiedersehen, lieber Theo...

Halt mal, Theo. Wollen wir abends zusammenkommen? Ich bringe meine Freundin aus Hamburg mit. Was meinst du dazu? So machst du doch noch ihre Bekanntschaft. Abgemacht?

Schön. Auf Wiedersehen!

... Er ist fort. Mehr kann ich Ihnen nicht sagen.

Ganz recht. Nach dieser Komödie können Sie mir nichts mehr glauben. Sie glauben nur, daß Theo vorher wirklich am Telefon war. Glauben Sie, was Sie wollen und müssen. Ich kann nichts dagegen tun. Aber jetzt müssen wir die Komödie zu Ende spielen.

Wie, Sie wollen Theo auflären? Das wollen Sie? Sie verderben alles. Eigentlich ist ja kaum etwas aufzuklären. Es ist ja gar nichts vorgefallen. Sie sind die beste, treueste Freundin. Sind Sie das nicht?

Ah, jetzt erst merke ich, wie Sie da verstört im Sessel liegen, verweilt, voll Scham, von Ihrem Gewissen gequält. Warum eigentlich? Theo hat schuld. Theo mit seiner Bereitschaft, Ihren harmlosen Besuch zu mißdeuten. Es ist Veranlassung bei ihm.

Aber wir müssen jetzt die Komödie zu Ende spielen. Ich kann Ihnen nicht helfen. Sie fahren sofort nach Hause und warten auf Theo. Sie waren also im Café. Sie sind dann gleich nach Hause gefahren. Später ruhe ich an und wir treffen uns dann irgendwo. Ich bringe meine Freundin Lucie aus Hamburg mit. Ich werde sofort Vito anrufen. Sie wird heute Lucie sein. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit.

Finden Sie sich damit ab. Trocknen Sie Ihre Tränen. Lächeln Sie wieder hübsch und schmerzlos. Hier sind Ihre Lieberhüte, Ihr Mantel. Bitte.

In einem halben Jahr werden Sie über dieses Erlebnis lachen. Auch Theo wird darüber lachen müssen, wenn Sie es ihm dann sagen. Trösten Sie sich damit. Das Leben ist eine Komödie. Wir sind alle mehr oder weniger Komödianten. Die einen, zu denen ich mich rechne, aus Ueberzeugung, die anderen: ohne es zu wissen...

Johann Fichtner: Das Leben in Sibirien

Bis zum Jahre 1914 ist es dem deutschen Volke in Rußland gut gegangen, besonders in Südrußland hatte sich der deutsche Bauer gemütlich eingerichtet. Er bearbeitete in Ruhe und Frieden sein Feld, pflanzte allerlei Obstbäume und genoß dessen Frucht. Doch ich will mehr auf das Leben und Treiben der Deutschen im kalten und traurigen Sibirien eingehen. Es waren ja die meisten Bauern in Sibirien solche, die in Südrußland kein Land mehr zum Besiedeln bekamen und um Land zu kaufen, waren sie zu arm. Und so kam es, daß im Jahre 1908 eine große Volksmenge deutscher Bauern, meistens längere, ihr Elternhaus verlassen und nach Sibirien wanderten, wo eine große Fläche in der Kirgisensteppe frei war.

Im Jahre 1908 wurden die ersten deutschen Dörfer angelegt, und nach wenigen Jahren schon stand eine große Reihe blühender Siedlungen da auf einem Land, das vor kurzer Zeit noch Wüste war. Die Dörfer bestanden meistens aus 35 bis 40 Wirtschaften, eine Wirtschaft hatte 35 Hektar Ackerland und 19 Hektar Viehweide. In jedem Dorfe gab es auch eine Schule. Der Hauptunterricht war deutsch, doch wurde auch russisch lesen und schreiben gelehrt.

Inmitten der neuen Dörfer befand sich das Gebietssamt. Dort war der Vorsitzende, zwei Schreiber, der Postmeister, ein Brandältester und ein Waisenvorsteher. Angrenzend stand das Krankenhaus. Von dem Gebietssamt wurde den deutschen Bauern Hilfe geleistet, aber auch die Ordnung wurde von hier aus aufrechterhalten. Jeder Bauer mußte hinter den Gemüsegärten Pappeln pflanzen. Viele Bauern hatten auch kleine Obstgärten, es gab Stachelbeeren, Himbeeren und Erdbeeren. In letzter Zeit wurden auch Kirschen und Äpfel gepflanzt, doch sie gedeihen nicht wegen der frühen Nachfröste.

Der Bauer hatte bei uns vier bis sechs Pferde, aber es gab auch Bauern, die hatten zwölf Pferde. Dann hatte jeder drei bis vier Kühe, Milchviehzucht lähnte sich nicht, die Preise waren sehr niedrig. Die deutschen Dörfer lagen 15 bis 75 Kilometer von der Bezirksstadt entfernt. Die Wege waren gut, weil der Boden ein sandiger war. Das Holz war teuer, weil der nächste Wald 120 Kilometer entfernt war. Die Häuser waren meistens aus Ziegeln oder aus Leuten errichtet.

Ruhig und in aller Stille bearbeitete der Bauer sein Feld und sang sein fröhliches Lied. Da brach plötzlich der große Krieg aus, und da wir als Mannschaften kein Gewehr nahmen, wurden die Männer in die Wälder geschickt, wo sie die verschiedenste Arbeit verrichteten. Die junge Mannschaft wurde zum Sanitätsdienst einberufen. Und so wurde der Bauer in seiner Arbeit gestört. Während des Krieges wurden wir sehr unterdrückt, weil wir ja Deutsche waren, doch als der Krieg zu Ende war, kamen die Männer, wenn auch nicht alle, wieder heim, und die Arbeit ging wieder fleißig los. Doch nicht lange genoh der Landmann diesen Frieden. Im Jahre 1918 brach der Bürgerkrieg aus.

Im Herbst 1918 stand das ganze sibirische Volk unter der zeitweiligen Regierung von Koltschak. Er führte den Kampf gegen die Bolschewisten, und so wurden im September 1918 drei Jahrgänge der jungen Mannschaft einberufen. Der Bauer, müde vom langen Kriege, sträubte sich dagegen und gab seine Söhne nicht her. Da schickte der Admiral ein ganzes Regiment Kosaken und Tschokowaten nach unserer Stadt. Sie kamen mit Kanonen und Maschinengewehren, und diese Unmenschen plünderten den Bauern so gut aus, wie sie es nur konnten. Ein großes Aussenborf wurde zuerst in Brand gesetzt. Viele Männer wurden erschossen, viele

Frauen vergewaltigt. Auch der deutsche Landmann hatte viel zu leiden, ihm wurde alles Getreide weggenommen, auch Pferde, Wagen und so weiter. Und so diese Unmenschen hinterhand, wurde das Land zu einer Wüste. Sie nahmen alles, was ihnen gefiel, Uhren, Betten, Kleider und so weiter, und so zogen sie zwei Monate plündernd durch unseren Bezirk. Dann war wieder etwas Frieden.

Im November 1919 überdrückte das bolschewistische Heer auch unser Land. In jedem Dorf wurden gleich große Versammlungen einberufen, in denen dem Volke erklärt wurde, die neue Regierung wolle dem Volke Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geben. Doch die Freiheit genoh das Volk nur eiliche Zeit. Im Frühling des nächsten Jahres wurde dem Bauer alles abgenommen, Getreide, Vieh und Futtermittel, was er noch hatte. Im anderen Jahre wurde eine Naturalsteuer aufgelegt, und die war so hoch, daß sie der Bauer unmöglich zahlen konnte. Der Bauer wurde gezwungen, um leben zu können, sein Brotgetreide zu verstecken. Dann kam gewöhnlich ein Polizist mit einem geheimen Agenten ins Dorf und suchte nach, das heißt, meist bei den Bauern, die viel gesät hatten. Alle Ecken und Winkel wurden durchsucht, sogar das Stroh und Heu gewendet. Und bei dem Getreide gefunden wurde, ob es nun wenig oder viel war, alles wurde weggenommen und der Mann wurde eingesperrt. Fanden sie aber nichts, so wurde das Vieh weggetrieben, und wenn es auch manchmal die letzte Kuh war.

Die Hauszuchtungen kamen meistens nachts. Viele von den Verhafteten haben ihre Familie nicht mehr gesehen. Sie bekamen im Gefängnis Typhus und sind daran gestorben. Ja, dem Landmann wurde das letzte Rud Getreide weggenommen, und in der Stadt, an der Eisenbahn, lagen viele 1000 Rud im Schnee und Rot und verfaulten, während viele Menschen im Dorf und in der Stadt dem Hungerstode preisgegeben waren. Dann kamen die Seuchen dazu, Typhus, Pocken, Scharlach und so weiter, die wieder viele tausend Opfer kosteten.

Die Naturalsteuer dauerte drei Jahre. Das Gesetz wurde immer wieder geändert, und es wurde auch etwas besser. Und der Landmann, besonders der deutsche, raffte sich wieder auf, besäte wieder eine größere Fläche Land und bearbeitete seinen Acker. Dem Volke wurde gesagt, daß all dies Elend nur Folge sei des großen Krieges und der Revolution, und daß es von Jahr zu Jahr besser würde. Dann, im Jahre 1924, als das Geld einen gewissen Wert hatte, wurde die Besteuerung wieder geändert und die Naturalsteuer wurde durch eine Geldsteuer abgelöst. Und diese Steuer war in den ersten zwei Jahren erträglich, jeder Bauer konnte sie zahlen und genug Brot für sich behalten. Dann aber wurde die Steuer erhöht, besonders der Landmann, der die größte Ausfaat gemacht hatte und das meiste Vieh besaß, wurde schwer besteuert, und wenn er nicht zahlen konnte, mußte er das Vieh veräußern. Und so ging es immer weiter abwärts mit dem freien Landmann.

1927 wurde die Steuer besonders erhöht, aber sie wurde auf vier Raten verteilt. Ein Beispiel soll zeigen, wie schwer es war: ein Mittelsbauer hatte 15 Hektar besät und erntete davon 450 Pud Weizen. Wenn seine Familie aus fünf Seelen bestand, so brauchte er im Jahr 75 Pud Weizen, das ergab 40 Pud Mehl, und wenn er noch Fleisch hatte, reichte er das ganze Jahr. Im aber diese 450 Pud Weizen zu ernten, mußte er auch Menschen haben, die bei der Arbeit halfen, und das kostete ihn etwa 80 Pud Weizen, für Geld wollte keiner arbdoten. Nehmen wir nun den Rest von 375 Pud Weizen, das ergab an Geld 378 Rubel.

Das Geld aber wurde von der Regierung nicht auf einmal aus-

gezahlt. Auf dem Markte durfte kein Getreide verkauft werden, wer es dennoch tat, wurde bestraft, für so einen Mittelbauern, wie wir gesehen haben, wurden nun jährlich 200 Rubel Steuern verlangt. Hatte er nun die ersten 20 Proz. bezahlt, glaubte er nun, Ruhe zu haben bis zum nächsten Termin, weit gefehlt! Er mußte in der Zwischenzeit Bauernanleihe kaufen. Im Dorf war dann eine Versammlung und da wurde erklärt, daß man diese Anleihe nur freiwillig kaufen müsse und nun war es ja klar, daß freiwillig kein Mensch nur einen Rubel hergegeben hätte.

Vorher aber hatte der Agitator mit einem oder zwei armen Bauern gesprochen, man versprach ihnen alles, und sie kauften dann für einen oder zwei Rubel Anleihe, und abends hieß es nun:

„Diese Armen haben getan, was sie tun konnten, und nun müßt ihr anderen aus Anleihe kaufen.“

Ja, und so ein Bauer wie der, von dem ich erzählt habe, der mußte nun für 30 Rubel Anleihe nehmen. Ja, manchen Bauern hielt man das Gemehr vor, und sie mußten bis zu 80 Rubel Anleihe kaufen. Das war nun freiwillig, wie uns erklärt wurde.

Dann wurde noch eine Selbstbesteuerung bis zu 35 Proz. durchgeführt, das heißt, wenn der Bauer 200 Rubel Steuern zahlte, mußte er dazu extra 75 Rubel Selbstbesteuerung auflegen. Und das wurde wie folgt gemacht: vom Raqon kam ein Mann und erklärte, daß diese Gelder zu Kulturzwecken im Dorfe blieben, für Remonte der Schulen, für Lebehaken und Radio und so weiter benutzt würden. Dann wurde abgestimmt, wer dafür wäre, hob keiner die Hand, wurde die Frage anders gestellt: „Wer ist gegen die Sowjetregierung?“ Nun, dagegen hob keiner die Hand und dann hieß es: „Antrag auf 35 Proz. Selbstbesteuerung ist einstimmig angenommen!“

In der Zeitung wurde dann darüber viel geschrieben, es hieß, die Bauern, besonders die armen, hätten alles mit großer Freude angenommen. Dann wurden die Arbeiter aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Den Arbeitern in der Stadt wurden ähnliche Anleihen aufgelegt. Ja, es haben hohe Beamte, Mitglieder der Partei, selber gesagt, daß in den Zeitungen höchstens 3 Proz. Wahrheit stünde.

Dann kam der Dezember, da mußten wieder Steuern bezahlt werden. Nun, der Bauer hatte ja seinen Weizen verkauft, er konnte zahlen, oder er verkaufte Butter, ein Schaf oder ein Schwein. Auf einmal aber hieß es, die Steuern müßten auf einmal bezahlt werden. Der Bauer bekam aber für den an die Regierung gelieferten Weizen erst im Frühling das Geld. Warum sollte gleich gezahlt werden? Nun, der Bauer sollte mit Zwang in die Kooperative eintreten. Dort mußte dieser Bauer einen Mitgliedsbeitrag von 40 Rubel geben, das Geld mußte sofort bezahlt werden, eher bekam er keine Ware.

Wie vorher berechnet, sehen wir, daß ein Bauer, wenn er Brotgetreide und Arbeitslohn abrechnet, noch 378 Rubel hatte. Davon mußte er alles bezahlen. Nun nehmen wir 378 minus Steuer 200, dann Obligationen 30 Rubel, Selbstbesteuerung 75 Rubel und Kooperative noch 40 Rubel, dann blieben ihm aus der Ernte für das ganze Jahr nur noch 30 Rubel übrig. Und weil er mit den überstürzten Terminen der Zahlung nicht gerechnet hatte — er mußte auch für sich etwas kaufen, Kleider und so weiter —, dann mußte er, um die Steuern auf einmal zu bezahlen, sein Vieh verkaufen. Im Winter aber war das Vieh billig, niemand wollte Vieh haben, es war teuer, es bis zum Frühling durchzubringen. Und wenn er im Frühling von der Regierung das Geld für sein Getreide bekam, konnte er sich höchstens ein Pferd kaufen, denn alles war wieder teuer geworden.

So kam es, daß ein Bauer, der mit großer Mühe von früh bis spät gearbeitet hatte, im Frühling mit einer Kuh und mit einem Pferde bestand. Dann kam die Ausfaat, die Saatfläche wurde zwangsweise bestimmt. Weil aber die Arbeitskraft so schwach war, es gab ja kein Futter für die Pferde, sie mußten von Gras und Spreu leben, so wurde nun das Land schlecht bearbeitet. Das heißt, es wurde immer wieder auf altem und weichem Land (dem früher schon bearbeiteten) gesät. Ja, man hörte oft den Landmann sagen: „Ich muß den Samen streuen, aber es hilft nichts, das Land ist schon ausgefogen!“ So trübe sah der Landmann in die Zukunft.

Wenn die Saatzeit beendet war, kamen wieder die Quälgeister vom Raqon. Und wie war der Ertrag? Nun, der Bauer bekam im vergangenen Jahr 30 Pud Weizen vom Hektar. Die Regierung aber verlangte 35 Pud. 450 Pud hatte er geerntet, man verlangte aber 525 Pud von ihm. Und die 75 Pud wurden nachträglich eingefordert. Wenn sie nicht geliefert werden konnten, wurde der Landmann bestraft. Diese 75 Pud wurden im Sommer 1929 verdoppelt, verdreifacht, ja, manchmal vervielfacht innerhalb 24 Stunden von dem Bauer eingefordert. Vom Raqon kam man und sagte:

„Du mußt noch Getreide haben, wenn nichts da ist, wirst du bestraft. Dein Vieh und dein Hof wird verkauft. Warum gehst du nicht in die Kommune?“

Und dann wurde alles aufgeschrieben, das tote und das lebende Inventar, sogar die Kübel und nach ein oder zwei Tagen wurde alles versteigert. Und wer kaufte diese Sachen? Der einfache Bauer konnte nichts kaufen, es kauften die Kollektoren, die Zigeuner und Kirgisen. Die Kommune kaufte ohne Geld, sie bekam Kredit. Und so verschlang die Kommune des Bauern Hab und Gut.

Das also war die Freiheit, die der deutsche Landmann in Sibirien hatte. Der russische Bauer war etwas besser dran, weil er gewöhnlich die Hälfte der Ausfaat verheimlichte hatte. Seine Felder waren im Gegensatz zu unseren weit verstreut und konnten nicht so überblickt werden.

Unser Dorf bestand aus 35 Wirtschaften. Die Häuser waren meistens aus Erde. Es gab keine Wälder, nur ab und zu kleine Birkenhaine. Wir wohnten in der Kirgisensteppe. Im Winter war es manchmal über 40 Grad kalt. Der Winter dauerte vom Oktober bis Ende April. Ende April begannen wir zu pflügen. Wild gab es auch bei uns, Hasen und manchmal auch Wölfe. Die Kirgisen waren in der Hauptsache Viehzüchter. Sie besaßen große Schafherden.

Ich bin nach Moskau gegangen, weil ich von einem Freund, einem Kommunisten, gemerkt worden war. Von Moskau aus schrieb ich an meine Familie. Es wurde alles verkauft und nach langem Warten bekamen wir auch die Pässe. Mein Bruder war Führer einer Gruppe in Moskau. Er wurde verhaftet. Der Familie sagte man: „Dein Mann ist schon auf der Station, er wartet auf euch“ und hat sie dann juristisch transportiert. Mein Bruder kam nach fünf Tagen frei und ist jetzt wieder in Sibirien.

(Mitteltell von R. B.)

Die Speisefarbe ist eine Erfindung des Herzogs Heinrich von Braunschweig und wurde zum erstenmal auf dem Reichstag zu Worms verwendet.

